

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Über die Außenpolitik der USA	1
A. LEONIDOW — Was steckt hinter den Plänen der Aufteilung Deutschlands? (Schluß)	4
W. AWARIN — Die amerikanischen Monopole in China	11
Internationale Umschau (Notizen)	16
Akademienmitglied W. WOLGIN — In Indien (Reisenotizen)	19
Gegen Falschmeldungen und Verleumdungen	25
Kritik und Bibliographie: N. SCHMELJOW — Die Wahrheit über Griechenland	29
Chronik der internationalen Ereignisse	32

12

21. März 1947

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Chefredakteur: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Über die Außenpolitik der USA

DIE BOTSCHAFT des Präsidenten Truman an den Kongreß, in der er die Bewilligung von 400 Millionen Dollar für Maßnahmen in Griechenland und in der Türkei sowie die Entsendung amerikanischen Zivil- und Militärpersonals in diese Länder fordert, wird in der ganzen Welt weit- hin erörtert. In offiziellen Kreisen und in der Presse der USA spricht man von einem neuen Kurs in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten.

Worin besteht nun dieser neue Kurs?

Die in der Botschaft Trumans vorgezeichneten Maßnahmen verfolgen unmittelbar das Ziel, den USA bestimmte strategische Positionen im Mittelmeerraum sowie im Nahen und Mittleren Osten zu sichern. Allgemeiner hat die Botschaft den Sinn, in den internationalen Beziehungen offen eine Politik der Gewalt zu proklamieren.

Dieser Kurs ist an sich nicht neu. Seit Kriegsende und seit dem Tode des Präsidenten Roosevelt hat er sich in der amerikanischen Außenpolitik immer deutlicher durchgesetzt. Wirklich neu ist jedoch die Tatsache, daß die Expansions- und Gewaltpolitik zum erstenmal unverblümt, laut und vernehmlich von einer offiziellen Tribüne verkündet wird.

In der Botschaft des Präsidenten Truman ist dieser „neue Kurs“ nur dürftig mit Hinweisen auf die Notwendigkeit getarnt, Griechenland und der Türkei zu helfen, damit diese Länder „eine von Zwang freie Lebensweise“ („a way of life free from coercion“) herausbilden können. Diese Hinweise widersprechen dem gesamten Inhalt der Botschaft. Die Geldmittel und alles Denken und Trachten gelten, wie man weiß, einer Verstärkung der Streitkräfte beider Länder. In bezug auf Griechenland stellt man sich speziell die Aufgabe, das faschistisch-monarchistische Regime zu unterstützen. Selbst in der Türkei, der die großmütige Hilfe der USA zugedacht ist, mußte die Presse zugeben, daß das Land zu seiner Gesundung in erster Linie ökonomischer Hilfe, nicht aber einer Verstärkung der Streitkräfte bedürfe. Auch Eleanor Roosevelt, die man doch wirklich nicht als radikal bezeichnen kann, wundert sich mit Recht, warum die griechische Regierung, falls sie, wie die Botschaft behauptet, wirklich von 85 Prozent der Bevölkerung unterstützt wird, sich nicht

ohne Hilfe von außen an der Macht halten kann. So wenig stichhaltig sind die Argumente in Trumans Botschaft.

Etwa eine Woche vor ihrer Bekanntgabe hielten Vertreter des USA-Staatsdepartements unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine Reihe von Konferenzen mit amerikanischen Pressevertretern ab. Hierauf ist es anscheinend zurückzuführen, daß die amerikanische Presse noch vor der Kongreßrede des Präsidenten sehr ausführlich über die Lage in Griechenland, die Verhältnisse in Großbritannien und die Politik der USA schrieb. Dabei konnten die amerikanischen Zeitungen allgemein bekannte Tatsachen nicht umgehen, sie konnten nicht verhehlen, daß das faschistisch-monarchistische Regime in Griechenland sich nur dank der militärischen und materiellen Unterstützung Englands an der Macht hält, daß England nicht mehr imstande ist, Tsaldaris zu finanzieren und Truppen in Griechenland zu belassen, und daß im Falle einer Abberufung dieser Truppen die Macht in Griechenland unweigerlich in die Hände des Volkes übergehen wird. Die inspirierte Presse gab zu verstehen, daß die USA eine solche Situation als ungünstig für sich erachten und beabsichtigen, sich der griechischen Angelegenheiten anzunehmen, Zivilisten und Militärs als „Ratgeber“ nach Griechenland zu entsenden und sich in erster Linie um die Bewaffnung der griechischen Armee zu kümmern.

Über die Türkei schrieb die amerikanische Presse bedeutend weniger. Daß dieses Land in der Botschaft Trumans neben Griechenland figuriert, kam in gewissem Sinne unerwartet. Vom Standpunkt der allgemeinen Lage und der Gesamtrichtung der amerikanischen Politik ist das aber durchaus verständlich. Griechenland hat eine strategisch äußerst wichtige Position im östlichen Mittelmeerraum inne, die Türkei aber ist außerdem noch ein Aufmarschgebiet im Nahen und Mittleren Osten, dem die Bedeutung einer Schlüsselstellung zukommt. Fast gleichzeitig mit der Trumanbotschaft erschien in der amerikanischen Presse eine Meldung, wonach ein angeblich internationaler, tatsächlich aber amerikanischer Marine- und Luftflottenstützpunkt in der Cyrenaika, zwischen Benghazi und Tobruk, geplant sei, mit

dessen Hilfe die USA, wie die „New York Times“ ausführt, die Einhaltung der potentiellen Verpflichtungen Griechenlands, der Türkei und der Länder des Mittleren Ostens überwachen werden.

Gegenwärtig sind die USA nicht weniger als England an diesen Ländern interessiert. Diese werden immer mehr zu einem unmittelbaren Objekt der ökonomischen und politischen Expansion der USA, sie gehören zur Interessensphäre des amerikanischen Kapitals und in erster Linie der Erdölmonopole. Nicht ohne Grund schrieb eine englische Zeitung: „Truman hielt seine Rede auf einem Benzinfäß.“

Die USA suchen in ihrer Außenpolitik das infolge des Krieges veränderte internationale Kräfteverhältnis auszunutzen. Die amerikanische Industrie, die ihre Produktion während des Krieges außerordentlich gesteigert hat, will ihren Außenmarkt ausdehnen. Ein weiterer Ansporn bei diesen Bestrebungen ist die unaufhaltsam herannahende Wirtschaftskrise.

Der Krieg hat die amerikanischen Monopole außerordentlich bereichert und gleichzeitig viele ihrer Konkurrenten vom Weltmarkt verdrängt. Die Nachkriegssituation brachte den Dollardiplomaten jedoch auch so manche Enttäuschung. Sie hatten geglaubt, die während des Krieges aufgehäuften Goldvorräte würden ihnen gestatten, das ganze erschöpfte, durch den Krieg ruinierte Europa in die Tasche zu stecken. Aber die Völker der von der Hitlerokkupation befreiten Länder Europas, in denen ein wahrhaft demokratisches, progressives Staatsregime errichtet wurde, haben in ihrer Politik einen großen Weitblick und viel Selbständigkeit an den Tag gelegt. Sie wollten nicht dulden, daß ihre Länder zu Domänen der amerikanischen Bankiers werden.

Die Dollardiplomaten begreifen sehr wohl, daß Griechenland eine selbständige Außenpolitik zu betreiben imstande wäre, wenn dort ein demokratisches Regime zustande käme, das dem Wünschen und Wollen des gequälten griechischen Volkes entspricht. Den amerikanischen Erdölmonopolen fiel es dann schwer, Griechenland zu einem Aufmarschgebiet für einen Angriff im Nahen Osten zu machen. Daher auch Trumans Gereiztheit, wenn er in seiner Botschaft auf das demokratische Regime in den befreiten Ländern Osteuropas zu sprechen kommt.

Die Nachkriegssituation hat sich so gestaltet, daß die USA das Erbe des niedergeworfenen deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus anzutreten trachten. Sie dringen auch in die eigentlichen Einflußsphären des Britischen Reiches ein.

Die Beziehungen zwischen England und den USA mündeten nach dem Krieg in einer Block-

bildung, deren Ziel der gemeinsame Kampf um die Weltherrschaft ist. In diesem Block spielt England die Rolle des Juniorteilhabers, der die Weltpositionen des Britischen Reiches, den von ihm geschaffenen und ausgebauten Zwangs- und Herrschaftsapparat in vielen halbfreien, abhängigen und kolonialen Ländern, namentlich im östlichen Teil des Mittelmeerraums, im Nahen und Mittleren Osten, ins Geschäft eingebracht hat.

Der Krieg hat aber Großbritannien als Weltmacht zum Wanken gebracht, er hat seine Wirtschaft, seine Finanzen zerrüttet. Die amerikanische Anleihe reicht nicht aus, den Nachkriegsaufbau der Wirtschaft Englands sicherzustellen, die von allen möglichen Krisen — einer Finanzkrise, einer Industriekrise, einer Lebensmittelkrise, einer Krise auf dem Arbeitsmarkt — geschüttelt wird. Schwere Zeiten sind für das ganze Britische Reich angebrochen. Anfang dieses Jahres wurde sowohl den englischen als auch den amerikanischen Regierungskreisen klar, daß England nicht imstande ist, einige besonders für den Kampf um die Weltherrschaft wichtige Positionen, darunter auch Griechenland und die Türkei, mit eigenen Kräften zu behaupten.

Das unmittelbare Ziel der in Trumans Botschaft proklamierten Politik ist, „England abzulösen“ und Griechenland und die Türkei den USA unterzuordnen. Die mit dieser Politik verfolgten Gesamtziele und Pläne sind aber bedeutend weitreichender. Griechenland und die Türkei sind keineswegs das Endziel der amerikanischen Expansion, sie bilden nur eine Etappe. Der wahre Sinn der Botschaft Trumans liegt darin begründet, daß sie die Ansprüche der USA, die ganze Welt ihrer Vormacht und Herrschaft zu unterwerfen, unverhüllt proklamieren. Dies zieht natürlich die Lebensinteressen aller Völker und Staaten, der großen wie der kleinen, in Mitleidenschaft. Jetzt aber, nach der Niederwerfung der faschistischen Aggressoren, angesichts des stürmischen Wachstums der demokratischen Kräfte in der ganzen Welt, sind die Weltherrschaftspläne irgendeiner Macht oder eines Mächteblocks irrealer und unerfüllbarer denn je.

Nach dem Vorbild früherer Weltherrschaftsprätendenten holt Truman das zerschlissene Banner des Antikommunismus hervor. Die Weltreaktion hat das als ein Signal zu neuen Angriffen gegen die Sowjetunion und die anderen demokratischen Länder Osteuropas aufgefaßt. Was die Sowjetöffentlichkeit betrifft, so hat sie sich in den drei Jahrzehnten seit Begründung des Sowjetstaats zur Genüge an die Methoden der Einschüchterung und des Bluffs gewöhnt, mit denen die Weltherrschaftsprätendenten zu arbeiten pflegten. Die Bürger der Sowjetunion gehören nicht zu denen, die

an schwachen Nerven leiden, wovon sich die imperialistischen Kreise einer Reihe von Ländern bereits überzeugen konnten. Es ist anzunehmen, daß der neue Versuch, die wahren Ziele mit abgedroschenen antikomunistischen Losungen zu tarnen, kaum jemand zu täuschen imstande sein wird.

Der in den englischen und französischen offiziellen Kommentaren zur Trumanbotschaft von Amts wegen zur Schau getragene Optimismus läßt deutlich die Ratlosigkeit und Unruhe in diesen Ländern erkennen. In England mußte das Organ der Regierungspartei, das Labourblatt „Daily Herald“, zugeben, daß Trumans Botschaft nicht beruhigend, sondern nur alarmierend wirkt. Einige Zeitungen Frankreichs meinen, daß alle Länder mit Überseebesitz Grund zur Beunruhigung über den heutigen Kurs der amerikanischen Politik haben.

Die Gewaltpolitik, das Streben nach imperialistischer Expansion, die Verletzung der Souveränität kleiner Länder wird in der demokratischen Öffentlichkeit aller Staaten der Welt entschieden verurteilt. In den USA haben die weitblickenden und klärer denkenden Kreise die Proklamierung dessen, was die amerikanischen Zeitungen den neuen außenpolitischen Kurs nennen, mit unverhüllter Unruhe aufgenommen. Sie ziehen die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit in Betracht, die zeigen, welche Gefahren abenteuerliche Weltherrschaftspläne für die Völker derjenigen Länder nach sich ziehen, von denen diese Pläne ausgehen. Dafür aber begrüßt das Lager der

Kriegsbrandstifter einschließlich Churchills und Francos die von den USA geplante Invasion in Griechenland und in die Türkei mit um so stürmischerem Beifall.

Der in der Trumanbotschaft proklamierte Kurs — hinter welchen Worten sich sein wahrer Sinn auch verbergen mag — ist nur dazu angetan, die Gespanntheit der Weltsituation zu verstärken. Die in bezug auf Griechenland und die Türkei beabsichtigten Maßnahmen können keineswegs als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß die USA-Regierung den guten Willen zur internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der UNO-Satzung hat. Sie bestätigen vielmehr restlos die Berechtigung des Verdachts, daß beabsichtigt wird, die UNO in ein gefügiges Werkzeug der USA Politik zu verwandeln und, falls das nicht gelingt, die Bedeutung dieser Organisation faktisch zu zunichte zu machen. Beruft sich Truman in seiner Botschaft auf die UNO, so wird natürlich jeder daran erinnert, daß eine Unterstützung Griechenlands und der Türkei — falls eine solche sich notwendig machen sollte — von Rechts und Vernunft wegen allein durch die UNO zu bewerkstelligen wäre.

Die eigenmächtige und grobe Einmischung der USA in die Angelegenheiten Griechenlands zum Zwecke einer direkten materiellen und militärischen Unterstützung des volksfeindlichen Regimes der faschistisch-monarchistischen Clique dieses Landes, die sich ohne Hilfe des Auslands nicht an der Macht halten kann, führt in diesem Teil Europas eine ernste Situation herbei.

Was steckt hinter den Plänen der Aufteilung Deutschlands?

(Schluß*)

A. LEONIDOW

IV
WIR HABEN GESEHEN, daß die Wurzeln einer der drei hinter den Kulissen wirkenden Gruppierungen, die in der Weltarena für die Zerstückelung Deutschlands eintreten, sich mit dem englischen Stahlsyndikat und mit der „Birminghamclique“ von Monopolisten verflechten. Die Fäden der zweiten, noch mächtigeren Gruppierung führen zum Palazzo Vaticano in Rom und zum Bankhaus Morgan in Neuyork.

Die internationale katholische Reaktion und das amerikanische Finanzkapital operieren gegenwärtig in vereiniger Front. Diese eigenartige Verunstaltung wurde schon während des zweiten Weltkrieges geschlossen. Sie hatte keine geringen Folgen für die gesamte internationale Politik der kapitalistischen Mächte.

Der amerikanische Imperialismus verfügt über riesengroße industrielle, finanzielle und militärische Hilfsquellen. Eine seiner schwachen Seiten aber besteht darin, daß er außerhalb seines Landes, besonders auf dem europäischen Kontinent, keine eigene politische Basis besitzt, die breit genug wäre, um seine ungehemmte ökonomische Expansion zu unterstützen.

Der Hitlerimperialismus seinerseits hatte außerhalb Deutschlands eine derartige Basis, nämlich die braune Internationale der Faschisten verschiedener Länder. Unter den Losungen des Nazismus und des Rassismus öffneten die faschistischen Parteien und Bewegungen in verschiedenen Ländern dem deutschen Imperialismus den Weg bei seinem tollwütigen Ansprung.

Die amerikanische Reaktion, die die Losung „Das Zeitalter Amerikas“ auf ihre Fahnen geschrieben hat, versucht, der alten Monroedoktrin eine neue Deutung zu geben: aus „Amerika für die Amerikaner“ wird „Der Erdball für die Amerikaner“. Für die Völker der anderen Länder aber ist diese Losung unannehmbar. Sogar in Lateinamerika findet sie keine Sympathie, um so weniger in Europa. Die Politik des Dollars erbringt geschäftliche Resultate in den Ländern,

auf die sich die Expansion der USA richtet, doch ist sie an sich nicht geeignet, eine breite politische Basis zu schaffen, um diese Expansion irgendwo außerhalb der USA zu unterstützen.

Das um den Vatikan gescharte internationale klerikale Lager leidet an einer anderen Schwäche. Es ist die älteste reaktionäre politische Gruppierung, hervorgegangen aus dem Schoße der feudalen Gesellschaft und einen lebenden Anachronismus in unserer Zeit bildend. Bis zur Jahrhundertwende und sogar bis zum ersten Weltkrieg stützte sie sich auf mächtige, wenn auch erlöschende politische Faktoren. Sie fand die Unterstützung der feudalen Grundbesitzer in einer Anzahl europäischer Länder, in Monarchien wie Österreich-Ungarn und Spanien, bei den aristokratischen und militärischen Kasten und unter den rückständigen Schichten der Bauernschaft, die mit Unterstützung der Geistlichkeit in Fesseln gehalten wurden.

Einige dieser Positionen sind schon nach dem ersten Weltkrieg verlorengegangen. Der zweite Weltkrieg brachte der katholischen Reaktion noch größeren Schaden. Sie hatte auf den Faschismus gesetzt, und ihr Einsatz ist verlorengegangen. Der Sieg der Sowjetarmee und das Anwachsen der antifaschistischen Volksbewegungen in Europa versetzten ihr den schwersten Schlag in ihrer Geschichte.

Aber die katholische Reaktion verzichtet nicht auf ihr Streben nach politischer Hegemonie in Europa. Sie stützt sich nach wie vor auf ein weitverzweigtes Netz von Agenten und Anhängern. Für sie arbeiten alte und neue katholische Parteien in verschiedenen Ländern, die von der Geistlichkeit geleitet und auf einer gemeinsamen antidemokratischen Plattform zusammengefaßt werden; klerikale Parlamentarier und Minister von Madrid bis Wien; katholische Industrielle und Finanzmänner; Generale, die von Kardinälen Instruktionen empfangen; antidemokratische illegale Organisationen; „Bauernführer“ und auf Rom orientierte Leiter christlicher Gewerkschaften.

Allein diese ganze Agentur ist zu guter Letzt gegenüber der neuen Demokratie in Europa

* Anfang siehe Nr. 11.

ohnmächtig. Unter den neuen Verhältnissen der Nachkriegsperiode fehlt es dem Lager der katholischen Reaktion in Europa an den ausreichenden politischen und finanziellen Mitteln. Es braucht einflußreiche Verbündete zwecks Unterstützung der katholischen Parteien und Regierungen, Anleihen für den Ausbau ihrer Stellungen, Armeen und strategische Stützpunkte zwecks Einwirkung auf ihre Gegner. Eine solche Unterstützung kann es nur außerhalb finden, nur von einer Großmacht erhalten.

So finden sich, einander ergänzend, zwei äußerlich so verschiedenartige Kräfte wie der „liberale“ Kapitalismus der Neuen Welt und die urreaktionäre feudale Theokratie. Die amerikanischen Imperialistenkreise leihen der katholischen Reaktion in Europa politische Protektion, ökonomische Mittel und militärische Unterstützung. Dafür erhalten sie jene konsolidierte Agentur mit einer fertigen politischen Plattform, an der es ihnen in Europa fehlt.

Das Resultat dieser Syntbiose ist ein vereinigter Plan der katholisch-amerikanischen Reaktion für die Politik in Europa. Zu diesem Gesamtplan gehört die projektierte Zerstückelung Deutschlands.

V

In seinen wesentlichen Einzelheiten war dieser Plan in Rom lange fertig, bevor er in Washington approbiert wurde. In Wirklichkeit war sein Schöpfer der polnische Graf Wladimir Ledóchowski, der bis zu seinem Tode im Jahre 1942 General des Jesuitenordens war.

Der Jesuitenorden ist eine streng konspirativ aufgezogene internationale politische Organisation, die in den Reihen der katholischen Kirche seit dem 16. Jahrhundert zur Bekämpfung der „Feinde des Vatikans“ existiert. Die Namen seiner Generale oder, wie sie häufig genannt werden, der „schwarzen Päpste“ erscheinen selten in den Zeitungen. Dabei sind es gerade sie und ihre Organisation auserwählter geistlicher Politiker und geheimer weltlicher Mitglieder des Ordens, die seit Jahrhunderten die internationale Politik des Vatikans leiten. Ihre Kreaturen lenken die Tätigkeit fast aller katholischen Parteien, Verbände und Unternehmungen. Ihr Wort ist von entscheidender Bedeutung, wenn das Kardinalskollegium einen neuen Papst wählt.

Wladimir Ledóchowski, ein gebürtiger Österreicher, Sproß eines der namhaftesten polnischen Magnatengeschlechter, das mit den Radziwills, Potockis, Sapiehas, Lubomirskis, Zamojskis und anderen feudalen Dynastien des alten Polens ver-

bunden ist, leitete seit 1915 den Jesuitenorden. Früher hatte er an der Spitze der westukrainischen und der deutschen „Provinzen“ des Ordens gestanden. Während seiner ganzen Tätigkeit hielt er enge Verbindung mit den katholischen Großgrundbesitzern und Aristokraten Österreichs, Ungarns, Bayerns, der Rheinlande, Preußisch-Schlesiens, Polens und anderer europäischer Länder.

Er war der engste Ratgeber der österreichischen Dynastie Habsburg-Parma. Die projektierte „Donauföderation“ (einschließlich Polens) unter der Ägide der Habsburger, die während des ersten Weltkrieges so viel Aufsehen erregte, stammte aus dem Sekretariat des Jesuitenordens. Das Leitmotiv der gesamten Tätigkeit Ledóchowskis war die Schaffung eines katholisch-faschistischen Blocks in Europa, ein Kreuzzug gegen die Sowjetunion und eine Aufteilung des Sowjetlandes, bei der übrigens die ganze Ukraine, Litauen und Weißrußland dem polnischen Staat zugedacht waren.

Die Hauptmitarbeiter Ledóchowskis in dieser Tätigkeit waren zwei Kardinäle: der Italiener Pacelli und der Bayer Faulhaber. Pacelli, der hervorragendste Diplomat des Vatikans, war von 1917 bis 1930 päpstlicher Nuntius in München. Faulhaber war das Oberhaupt des bayrischen und faktisch des gesamten deutschen Katholizismus. Die politische Tätigkeit der deutschen Klerikalen zwischen 1918 und 1933, die Hitler den Weg freilegte, folgte den Instruktionen, die Faulhaber und Pacelli aus München ergehen ließen.

Prälat Kaas, der Führer der katholischen Zentrumspartei, und Brüning, der von Kaas zum Reichskanzler gemacht wurde, stammen beide aus Jesuitenschulen und waren Marionetten Ledóchowskis, Faulhabers und Pacellis — ebenso wie Adenauer, der Führer der rheinischen Katholiken, Dollfuß, das Oberhaupt der klerikalen Reaktion in Österreich, Graf Andrássy in Ungarn, die Fürsten Sapieha und Radziwill in Polen, Monsignore Korošec in Jugoslawien und viele andere.

Nach dem Tode Ledóchowskis im Jahre 1942 trat der Belgier Janssens an die Spitze des Jesuitenordens. Faulhaber ist nach wie vor der Führer der katholischen Kirche in Bayern und dirigiert von München aus den deutschen Klerikalismus. Brüning befindet sich in Amerika. Kaas weilt als offizieller Berater des Vatikans für deutsche Angelegenheiten in Rom. Adenauer führt die Katholiken in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Sapieha inspiriert die antidemokratische Reaktion in Polen. Kardinal Pacelli sitzt seit 1939 als Pius XII. auf dem Heiligen Stuhl.

Der von Graf Ledóchowski nach dem ersten Weltkrieg ausgearbeitete Plan eines europäischen katholischen Blocks steht, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zurechtgemacht, erneut im Zentrum der internationalen Politik des Vatikans. Er beabsichtigt die Schaffung eines föderalen Systems katholischer Staaten, die in drei Hauptgruppen zusammengefaßt werden sollen.

Da ist erstens die lateinische Westgruppe, bestehend aus dem Spanien Francos, dem Portugal Salazars, dem Frankreich de Gaulles und dem klerikalen Italien.

Da ist zweitens die Zentralgruppe Deutschland-Donau, die aus den Gliedstaaten des zerstückelten Deutschlands (mit dem Schwerpunkt in Bayern und den Rheinlanden), Österreich, Ungarn, der aufgeteilten Tschechoslowakei und dem aufgeteilten Jugoslawien bestehen soll.

Da ist drittens die Ostgruppe, gegründet auf ein reaktionäres, klerikales Polen mitsamt den von der Sowjetunion nach dem projektierten „Kreuzzug gegen Moskau“ abzutrennenden Ländern — die Ukraine, Weißrußland und die baltischen Republiken.

Die übergeschnappten Jesuiten im Vatikan sind der Meinung, ein derartiges europäisches System wäre ein würdiger Nachfolger der hitlerfaschistischen „Neuordnung in Europa“. Der dem Hitlerfaschismus nacheifernde klerikale Faschismus hat die Absicht, das ganze Gebäude der europäischen Reaktion zu retten und zu konsolidieren, mit der neuen, auf das Volk gestützten Demokratie Schluß zu machen und schließlich den Versuch zu erneuern, an dem Hitler sich das Genick brach — gegen die Sowjetunion zu Felde zu ziehen. Nur in den Köpfen mittelalterlicher Scholastiker, die sich ins 20. Jahrhundert hinübergerettet haben, konnten derartige hirnverbrannte Absichten aufkommen.

Trotzdem ist die Tatsache unbestreitbar, daß sich die ingrimmige Aktivität der reaktionären katholischen Kreise jetzt in allen Ländern westlich von der Sowjetunion, die für den neuen katholischen Block in Aussicht genommen sind, deutlich bemerkbar macht. Obgleich aber die Achse dieses utopischen Blocks in dem entzündeten Gehirn seiner Initiatoren von Madrid nach Warschau läuft, sucht man den Schlüssel zu seiner Schaffung auf dem Territorium zwischen Berlin und Wien. Das ist der Grund, weshalb das deutsche und das österreichische Problem den Vatikan jetzt ebenso lebhaft interessiert wie London und Neuyork. Deutschlands Zerstückelung wird als der erste Schritt zur Verwirklichung des von dem klerikalen Faschismus ausgeheckten Planes betrachtet.

VI

Ein einheitliches demokratisches Deutschland, wirtschaftlich lebensfähig, von der Nachbrut des Faschismus in allen Gebieten des Landes gesäubert und von Vertretern der Volksmassen geführt, kann nicht zu einem Werkzeug der schwarzen Internationale werden. Ein solches Deutschland wird keine Lust haben, zu Brüning zurückzukehren. Ein Deutschland, zersplittert in kleine, lebensunfähige Teilstaaten, die von ausländischen Statthaltern und Bankiers, deutschen Industriellen, Exfaschisten und Kardinälen geleitet werden, wäre ein idealer Herd für die Vermehrung der klerikal-katholischen Bazillen, um so mehr, wenn durch die Zerstückelung die vorwiegend von katholischer Bevölkerung besiedelten Staaten das Übergewicht erhalten, in denen die katholische Geistlichkeit und die katholische Geschäftswelt besonders starken Einfluß genießen. Eben das strebt die Politik der klerikalen Strategen innerhalb und außerhalb Deutschlands heute an.

Die Katholiken bilden in Deutschland insgesamt ein Drittel der Bevölkerung, wobei ein bedeutender Teil der Katholiken in den zentralen und östlichen Gebieten des Landes, besonders die Arbeiter, sich dem Einfluß der klerikalen Organisationen nicht unterordnet. In einer Anzahl von Gebieten West- und Süddeutschlands, besonders am Rhein und in Bayern (ebenso wie in Österreich), bilden die Katholiken die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Dort hat sich das traditionelle Willkürregiment der Klerikalen bis auf den heutigen Tag erhalten.

Gerade in Bayern und am Rhein entfalten die Agenten des Vatikans in letzter Zeit eine fieberhafte Tätigkeit. Kardinal Faulhaber, der alte Freund Pacellis und Ledóchowskis, der schon seit langem Vorkämpfer einer aus Bayern, den Rheinlanden, Österreich, Ungarn und anderen Ländern bestehenden „Donauföderation“ war, ist nach wie vor der ungekrönte König Bayerns. Die Christlich-Soziale Union der Monarchisten und Klerikalen Bayerns, die unter amerikanischer Vormundschaft die Landesregierung leitet, ist seine persönliche Organisation. Der bayrische Ministerpräsident Ehard ist eine alte Kreatur von ihm. Der bayrische Exkronprinz Rupprecht von Wittelsbach ist sein Freund.

Nicht ohne Interesse sind die seit kurzem vorliegenden Meldungen, wonach Faulhaber den Exkronprinzen zu bewegen sucht, auf seine Thronansprüche in Bayern zu verzichten zugunsten seines Neffen Otto, eines Sprößlings der stärkeren Dynastie der Habsburger: die schon lange ihre Prätionen auf den gesamten Donauraum ausdehnt und so manche Gönner in den USA besitzt.

Politisch ist Bayern schon heute eine Domäne des Vatikans unter amerikanischer Militärkontrolle.

Am Niederrhein, in einem Gebiet also, das zur britischen Besatzungszone gehört, operiert als Faulhabers Bundesgenosse der Kölner Kardinal Frings, der als heimlicher Leiter der gesamten Christlich-Demokratischen Union Westdeutschlands gilt. Unter seiner Führung hat diese Union begonnen, nicht nur die katholischen Schichten der Bevölkerung zu erfassen, sondern auch rechtsstehende protestantische Kreise zu gewinnen, darunter solche Erzreaktionäre wie Schlange-Schoeningen, diesen früheren Gefährten Hindenburgs und Hugenbergs, der jetzt Leiter des Zentralamts für Landwirtschaft in der britischen Zone ist.

Von Frings stammt die Redensart, die zum Leitmotiv der neuen deutschen Reaktion geworden ist: „Der Feind steht links!“ Er ist eng verbunden mit den katholischen Kreisen der westdeutschen Schwerindustrie. In dem von ihm gebildeten „Wirtschaftsbeirat“ der Kirche sitzt z. B. der „Treuhänder“ der Ruhrstahlindustrie, der bekannte Dinkelbach. Eine andere Kreatur Frings' — Adenauer, früherer Oberbürgermeister von Köln und jetzt Leiter der christlichen Demokraten — war seinerzeit Vertreter der Gruppe Otto Wolff — Deutsche Bank, die die katholische Fraktion der Ruhrmagnaten vereinigte. Die alten Führer der deutschen Klerikalen, Brüning und Kaas, stammen ebenfalls aus dem rheinischen Erzbistum. Interessant ist, daß gerade Adenauer, Brüning und Kaas mit Unterstützung von Faulhaber und Frings noch vor Hitler versucht haben, eine „föderale“ Organisation Deutschlands durchzusetzen, die der jetzt in Umlauf gebrachten sehr ähnlich sah.

Der Schlüssel zur Strategie der jesuitischen Politiker liegt eben hier, in den westdeutschen katholischen Provinzen, am Rhein und an der oberen Donau. Bei der staatlichen Zersplitterung Deutschlands in Teilstaaten sollen solche Gebiete wie Rheinland-Westfalen und Bayern zu Hebeln werden, mit denen ein politischer und ökonomischer Druck auf die anderen Teilstaaten Deutschlands und auf die Staaten Mitteleuropas ausgeübt wird. Nach der Schaffung einer klerikalen Bastion im Raume zwischen Köln und München würden, so meint der Vatikan, Österreich und Ungarn, wo die katholische Reaktion unter Führung der Kardinäle Innitzer und Mindszenty und der dortigen Jesuiten keine Zeit verliert, unweigerlich in ihren Anziehungsbereich fallen. Auch dort gibt es ja angelsächsische Administratoren und Finanzmänner.

Verlängert man die Kette bis Wien und Budapest, so wird Prag sich wieder in der gleichen

Umzingelung befinden wie unter Hitler. In der Tschechoslowakei hat die Volksdemokratie triumphiert, aber die dortigen Reaktionäre haben ebenso wie ihre Vertreter im Ausland ihre Positionen noch nicht geräumt. Ihre Wühlarbeit in der katholischen Slowakei, wo die Regierungsorgane vor nicht langer Zeit eine Verschwörung des Jesuitengeistlichen Kolaković aufgedeckt haben, ist genügend bekannt.

Ebenso wie die Tschechoslowakei möchten diese Unglücksstrategen eine andere mächtige Volksdemokratie umzingeln, isolieren und dann zersplittern, nämlich Jugoslawien, wobei sie sich innerhalb des Landes auf die Nachbrut des klerikalen Faschismus in Kroatien stützen wollen. Wie diese Nachbrut am Werke ist, hat der kürzlich durchgeführte Prozeß gegen den Faschisten Stepinac, den früheren katholischen Erzbischof von Zagreb, gezeigt, der überführt wurde, auf Instruktion des Vatikans eine staatsfeindliche Tätigkeit betrieben zu haben.

Der Jesuitenfaschismus wiederholt auf der ganzen Linie die alte Taktik Hitlers. Deutschland und ganz Mitteleuropa — das ist das Hauptobjekt, das die katholische Reaktion anzieht. Gleichzeitig aber wird die unermüdliche, tollwütige Tätigkeit westlich und östlich dieser Zone fortgesetzt. In Spanien sind alle Kräfte mobilisiert, um das erschütterte Francoregime zu festigen. In Frankreich sind die Kardinäle und Agenten des Vatikans durch unauflösliche Bande mit dem Lager de Gaulles, mit den katholischen Parteien und mit den geheimen militärfaschistischen Organisationen verbunden. In Italien erheben die klerikalen und neofaschistischen Kreise, die sich die Unterstützung ihrer ausländischen Wohltäter zunutze machen, das Haupt immer höher und bedrohen die Vertreter der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. In Polen, dessen reaktionären Kräften in dem Plan Ledóchowski-Pacelli eine besonders „historische“ Rolle zugewiesen ist, stellt das unterirdische klerikal-faschistische Lager seine Banditentätigkeit nicht ein, während die Mikolajczykpartei die Interessen dieses Lagers im Parlament vertritt und die Kardinäle Hlond und Fürst Sapieha zwischen beiden die Verbindung aufrecht erhalten.

Der Feldzug der schwarzen Internationale gegen Europa geht weiter. Wie sehr sich die katholische Reaktion aber auch aufplustern möge, ihre realen Kräfte sind im Vergleich mit den Kräften der Demokratie unseres Kontinents geringfügig. Nur die Begönnerung der Reaktion von jenseits des Atlantik pumpt in den Jesuitenfaschismus die notwendigen Kräfte hinein und stärkt insbesondere seine Positionen in den deutschen Angelegenheiten.

VII

Wurde die internationale Tätigkeit der Klerikalen nach dem ersten Weltkrieg von dem Polen Ledóchowski, dem Italiener Pacelli und dem Deutschen Faulhaber geleitet, so ist jetzt eines der einflußreichsten Mitglieder der vatikanischen Führung der Neuyorker Kardinal Spellman.

Spellman ist mit fabelhafter Geschwindigkeit auf der Leiter der katholischen Hierarchie aufgestiegen. Er ist ein Zögling der Neuyorker Jesuitenakademie (der Fordham University). Interessant ist übrigens, daß die größte der 45 internationalen „Provinzen“ des Jesuitenordens, der vor 400 Jahren aus Spanien aufbrach, gegenwärtig die „Provinz“ Neuyork ist, wo der Orden 1200 Geistliche zählt.

Bis zum zweiten Weltkrieg war Spellman nur ein ganz gewöhnlicher Provinzbischof. In den Vordergrund trat er als Generalsekretär einer katholischen Organisation, die sich mit antidemokratischer und sowjetfeindlicher Propaganda befaßte. Jetzt ist er Mitglied des Kardinalskollegiums, Erzbischof von Neuyork, persönlicher Emissär des Papstes in Verhandlungen mit auswärtigen Regierungen und höchster katholischer Vikar der USA-Streitkräfte.

In Rom gilt Spellman als rechte Hand des Papstes Pius XII. und eventueller Erbe des Heiligen Stuhls. In Neuyork gilt er als einer der einflußreichsten Inspiratoren der Außenpolitik der USA.

Spellman war jener Mittler, der das Bündnis zwischen dem Vatikan und den reaktionären Kreisen Amerikas zum Abschluß brachte. Verhandelt wurde während des zweiten Weltkrieges, als der amerikanische Armeevikar Spellman häufig nach Europa reiste.

Als Oberhaupt der katholischen Kirche Amerikas verfügt Spellman über große Verbindungen mit den reaktionären Politikern. Die USA zählen nicht mehr als 30 Millionen Katholiken. Zum Unterschied von den Protestanten jedoch, die in zahlreiche Sekten zersplittert sind, bleiben die Katholiken in ihrer Mehrheit eine zusammengeschweißte Gruppe von Wählern, die gehorsam die Weisungen der Geistlichen ausführen. Das ist für die Führung der regierenden Parteien der USA von größter Bedeutung. Die Vorsitzenden des Nationalkomitees der Demokratischen Partei z. B. waren seit 1932 stets und ständig Katholiken.

In den letzten Jahren hat Spellman seine Verbindungen mit der Führung des rechtsstehenden Lagers planmäßig ausgebaut. In der amerikanischen politischen Welt ist sein Einfluß so gewachsen, daß die Neuyorker Presse jetzt von der „50. Straße“ (wo sich Spellmans Residenz befindet)

ebenso kurzweg redet wie von der Wall Street, der Residenz der Bankiers, oder dem Weißen Haus, der Residenz des Präsidenten in Washington.

Kardinal Spellman hat sich jedoch nicht auf den Ausbau seiner Verbindungen mit den reaktionären Politikern beschränkt. Einer der Hauptspender der Demokratischen Partei der USA ist das Bankhaus Morgan. Schon während des Krieges wurde bekannt, daß die Morganbank zum finanziellen Agenten des Vatikans in den USA ernannt worden ist. Dies bedeutete, daß ein Teil der von der katholischen Kirche im Laufe von Jahrhunderten angesammelten riesigen Kapitalien unter die Verfügungsgewalt der Neuyorker Bank kam.

Der Vatikan war bestrebt, seine gewaltigen Geldmittel vor dem Risiko zu retten, in dem vom Kriege erschütterten Europa entwertet zu werden. Möglicherweise versicherten sich die Kirchenfürsten auch unsichtig gegen die Gefahr, die ihnen von den Volksbewegungen drohte, wohl wissend, daß diese die Verbindungen des Vatikans mit dem Faschismus nicht vergessen. Das Bankhaus Morgan gewann sehr große frische Fonds für seine finanziellen Manipulationen. Diese Geschäfte besorgte Spellman, der Emissär des Vatikans und persönlicher Freund des Papstes, der im vorigen Jahr den Kardinalspurpur erhalten hat.

Bald danach schickte die USA-Regierung einen Sonderbevollmächtigten beim Vatikan nach Rom — zum erstenmal seit achtzig Jahren, während welcher Zeit zwischen Washington und dem Vatikan keine diplomatischen Beziehungen bestanden. Zu diesem Bevollmächtigten wurde Myron Taylor ernannt, einer der Leiter des amerikanischen Stahltrustes, nächster Vertrauensmann der Morganbank, die ein Kontrollaktienpaket des Stahltrustes besitzt. Taylor ist Protestant, ebenso wie die Familie Morgan. Das Glaubensbekenntnis aber spielt in Geschäften solcher Art keine wesentliche Rolle. Taylors Ernennung erfolgte, wie in der amerikanischen Presse offen mitgeteilt wurde, „auf Anraten“ Spellmans.

Myron Taylor machte sich daran, die Linie des Staatsdepartements mit der Politik des Vatikans zu koordinieren. Seit dieser Zeit betreibt der Kreis Pius XII. — Spellman — Taylor, der sich in den USA auf die Monopolgruppe Morgans und auf bestimmte, in der Öffentlichkeit tätige Reaktionäre stützt, eine einheitliche Politik. Taylor war gleichzeitig Direktor des Stahltrusts und USA-Vertreter beim Vatikan. Er ist ferner Vorsitzender der Kommission des Staatsdepartements für die Weltwirtschaftspolitik der Nachkriegszeit

und Mitglied des sogenannten Advisory Committee (beratenden Ausschusses) beim Präsidenten, das die Fragen der Außenpolitik der USA bearbeitet. Mit diesem Kreise sind auch andere amerikanische Politiker in Europa verbunden. Päpstlicher Nuntius in Deutschland ist der amerikanische Bischof Muench. Er ist gleichzeitig Beichtvater bei der amerikanischen Armee in Deutschland und ihr Vermittler im Verkehr mit den deutschen Bischöfen. Im Februar d. J. stattete der Berliner Kardinal Graf Preysing Neuyork einen Besuch ab, wo er von Spellman empfangen wurde.

Es wäre jedoch ein Fehler, wollte man das Bündnis zwischen der katholischen und der amerikanischen Reaktion nur vom Standpunkt der Interessen des klerikalen Lagers in Europa betrachten. Den Hauptanstoß beim Abschluß dieses Bündnisses gaben auf amerikanischer Seite die Interessen der amerikanischen Industrie, in erster Linie der Schwerindustrie.

VIII

Im Jahre 1946 produzierte die amerikanische Stahlindustrie 66 Millionen Tonnen Stahl — 14 Millionen weniger als im Vorjahr. Diese Produktion beanspruchte nur 70 Prozent der vorhandenen Kapazität. Mit anderen Worten, Anlagen, die imstande wären, weitere 26 Millionen Tonnen Stahl zu produzieren, blieben unausgenutzt. Die gesamte Stahlproduktion Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Luxemburgs zusammen genommen belief sich 1946 nur auf 25 Millionen Tonnen.

Fast ein Drittel der riesigen Kapitalanlagen der amerikanischen Stahlbetriebe hat bereits aufgehört, Profit abzuwerfen. Für 1947 wird eine weitere Einschränkung der Fertigung erwartet. In den USA rollt unaufhaltsam eine Wirtschaftskrise heran.

Vor den gleichen Perspektiven steht eine Anzahl anderer amerikanischer Industriezweige, die fertige Erzeugnisse aus Stahl und anderen Materialien herstellen. In nächster Zeit soll sich eine Lawine amerikanischer Waren auf den Weltmarkt ergießen. Gegenwärtig wird das ganze Lager der amerikanischen Monopole in Kampfbereitschaft versetzt, um diese Exportschlacht zu schlagen.

Die Morgangruppe insbesondere umfaßt nicht nur den Pittsburger Stahltrust mit seiner Produktionskapazität von jährlich 30 Millionen Tonnen Stahl, sondern auch eine Anzahl von Monopolen der Fertigungsindustrie. Die Verbindungen dieser Gruppe erstrecken sich auf den Automobil-

trust General Motors, den Elektrotrust General Electric, die American Telephone and Telegraph Co., die International Harvester Co. (den Landmaschinentrust), den Duponttrust und eine ganze Anzahl anderer führender Firmen der USA, gar nicht zu reden von den Eisenbahnen, Dampfschiffahrtsgesellschaften und Banken.

Um sich jedoch den Weg zum Weltmarkt zu bahnen, müssen die amerikanischen Milliarden sich vor allem ihre europäischen Konkurrenten unterwerfen. In erster Linie müssen sie die Hauptstützpunkte der europäischen Schwerindustrie, um die sich andere wichtigste Erzeugungszweige gruppieren, in ihre Einflußsphäre einbeziehen. Behält die Schwerindustrie Westeuropas ihre Unabhängigkeit, so kann sie unübersteigbare Zollschranken gegen die amerikanischen Waren errichten und auf das amerikanische Überseedumping mit einem eigenen Dumping antworten. Gelingt es dem englischen Stahlsyndikat, sich, wie geplant, des Ruhrgebiets zu bemächtigen, so könnte die Achse Birmingham — Ruhr — Lothringen und die ganze „westeuropäische Föderation“, die sich um sie herum baut, zu einem Bollwerk des Widerstands gegen die amerikanische Konkurrenz werden.

Gerät jedoch das Potential der deutschen Schwerindustrie in die Hände der Morgans und ihrer Bundesgenossen, so wäre das Schicksal Birmingham und Sheffield's besiegelt. Die Hegemonie des Dollars in Westeuropa, in seinen neuen Teilstaaten, geführt von klerikalen Reaktionären und ihren liberalen und sozialdemokratischen Handlangern, würde zu einer vollzogenen Tatsache. Besiegelt wäre auch das Schicksal der Stahlmagnaten Lothringens, der de Wendel und Konsorten, die gleichfalls ihre Hände nach dem Ruhrgebiet ausstrecken.

IX

Die Magnaten Lothringens gelangen zu ihren Zerstückelungsplänen aus den gleichen Beweggründen, von denen sich die englischen Monopole und die amerikanisch-vatikanische Gruppierung leiten lassen. Von allen dreien in dieser Richtung tätigen Gruppierungen jedoch ist die französische Gruppierung zweifellos die schwächste. Einstmals, gleich nach dem ersten Weltkrieg, war das Comité des Forges, das die Schwerindustrie Nordostfrankreichs zu einem Syndikat zusammenfaßte, ein starker und unabhängiger Faktor in Europas Wirtschaft und Politik. Damals träumten die Stahlkonzerne Lothringens, die über reiche Eisenerz-lager verfügen, jedoch unter einem chronischen Koks-mangel zu leiden haben, von der Besitzergreifung des Ruhrgebiets mit seinen unerschöpf-

lichen Kohlenvorräten und von der Erringung der dominierenden Stellung in der europäischen Schwerindustrie. Im Jahre 1923 ließ Frankreich, sich den Umstand zunutze machend, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllte, das Ruhrgebiet militärisch besetzen. Bald übrigens mußten die französischen Truppen unter dem Druck des englischen Premierministers und Stahlmagnaten Stanley Baldwin von dort wieder abziehen.

Seitdem sind viele Jahre vergangen. Während des zweiten Weltkrieges wurde das Comité des Forges, der Hauptinspirator der französischen Reaktion, eine Filiale der Verwaltung der Hitlerischen Kriegsindustrie. Einer der großen Männer des Comité des Forges, François Poncet, der frühere französische Botschafter in Berlin, spielte den Verbindungsagenten zwischen Pétain und Hitler. Jetzt marschieren die gleichen lothringischen Magnaten, die den französischen Staat für ein Blutgeld an die Deutschen verkauften und unter dem Schutze deutscher Bajonette die Ausbeutung der französischen Arbeiter fortsetzten, in den ersten Reihen derjenigen, die die staatliche Aufteilung Deutschlands verlangen.

Der wirtschaftliche Anschluß des Saargebiets an Frankreich hat bereits 9 Milliarden Tonnen Kohlenvorräte und Stahlbetriebe mit einer Vorkriegsfertigung von 2,5 Millionen Tonnen Gußstahl in die Einflußsphäre der französischen Schwerindustrie gebracht. Die deWendel und Konsorten, die das reaktionäre Lager in Frankreich auch weiter finanzieren und leiten, verlangen für sich besondere Privilegien auch im Ruhrgebiet. Sie sind jedoch bereits nicht mehr imstande, in diesem Spiel eine selbständige Rolle zu übernehmen.

Die reaktionäre Bewegung im heutigen Frankreich ist ein Bestandteil der europäischen klerikalen Armee des Vatikans. Die französischen Kardinäle halten alle Fäden in ihren Händen; die deWendels selbst sind durch Vermittlung ihres Pariser Bankhauses Demachy & Cie. eng mit dem Vatikan verbunden. Nur die Hoffnung auf die politische und eine eventuelle militärische Unterstützung des amerikanischen Imperialismus in der Zukunft gibt den französischen Reaktionären die Kräfte für ihren Kampf gegen die französische Demokratie. Nur Dollarkredite vermögen die Macht der Lothringer Truste wiederherzustellen. Es ist kein Zufall, daß der Druck amerikanischer Kreise auf Frankreich ebenso wie der Druck auf England in letzter Zeit um so viel stärker geworden ist.

X

Natürlich kann der Zusammenstoß der Gruppierungen, die um die Beute in Deutschland miteinander rivalisieren, auch zu einer Vereinbarung, zu einem Kartellabkommen führen, bei dem jeder der beteiligten Partner seinen Anteil an dem neuen vereinigten Syndikat für die Ausbeutung der Völker Europas erhielt. Der Löwenanteil würde hierbei wahrscheinlich Amerika zufallen. Politiker wie Churchill, dieser neugebackene Prophet der „Vereinigten Staaten von Europa“, haben zweifellos eine solche Generalaufteilung der Profite im Auge. Die internationalen Finanzverbände vom Schlage der englisch-amerikanisch-deutschen Schröderbank, die sich in den USA auf die Rockefellergruppe (die mehr am Erdöl als am Stahl interessiert ist) stützt, führen derartige Kuhhandel auf Kosten deutscher Industriebetriebe bereits durch.

Es muß berücksichtigt werden, daß nicht das letzte Ziel, das alle diese Geschäftemacher und ihre Handlanger miteinander verbindet, darin besteht, im Westen eine Waffenkammer gegen die Sowjetunion zu schaffen. Insbesondere träumen die Jesuiten ebenso wie die illegalen Hitlerfaschisten in Deutschland und manche Kreise in Amerika von nichts so sehr wie davon, die USA in einen Krieg gegen die Sowjetunion hetzen zu können.

Eine Aufteilung Deutschlands unter den britischen und den amerikanischen Monopolisten und ihren Satelliten wäre nur der erste, wenn auch der hauptsächlichste Schritt zu einem größeren Geschäft, zu dem Versuch einer neuen Aufteilung der Welt, bei der Länder und Zonen wie China, Japan, Indien und der arabische Orient auf den Seziertisch gelangen würden.

Die Frage der Zerstückelung Deutschlands ist von weittragender internationaler Bedeutung. Im Dunkeln bleibt vorläufig nur ein Faktor — die alte faschistische deutsche Reaktion Hitlerschen Typs, die tatsächlich gegenüber diesen Plänen Nachsicht zeigt. Hitlers Schüler rechnen auf einen neuen Aufschwung des Chauvinismus unter der Bevölkerung eines Landes, das in lebensunfähige Teilstaaten zerstückelt wäre. Von diesem Gesichtspunkt aus kann man die versteckten Hitleragenten als den vierten Schrittmacher der deutschen Zerstückelungspläne betrachten.

Die Völker der Welt haben in der Vergangenheit für die Intrigen der internationalen Reaktion einen allzu hohen Preis gezahlt. Ihre Interessen verlangen gebieterisch eine gerechte und vernünftige Lösung der deutschen Frage.

Die amerikanischen Monopole in China

W. AWARIN

IN DER WELTPRESSE, auch in amerikanischen Zeitungen, wimmelt es von Meldungen über die amerikanischen Truppen in China, über ihre Mitwirkung bei der Schürung des Bürgerkriegs und über die mannigfaltigen Formen der Kriegshilfe, die Amerika den reaktionären Kuomintangkreisen in ihrem bewaffneten Kampf gegen das eigene Volk leistet. Weit weniger bekannt ist, in welchen Formen und mit welchen Methoden die amerikanischen Monopole in die Volkswirtschaft Chinas eindringen, obwohl sie in der Chinapolitik der USA, die eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes ist, eine sehr wichtige Rolle spielen.

Die ökonomische Betätigung der USA in China seit der Kapitulation Japans verbirgt sich hinter einem dichten Nebel irreführender Meldungen. Trotzdem aber zeichnen sich in dem Gewirr der Pressenotizen und widersprechenden offiziellen Erklärungen, in dem Chaos, das nach dem zweiten Weltkrieg in der Volkswirtschaft Chinas Platz gegriffen hat, die Maßnahmen und Ziele der amerikanischen Monopole in ihren Umrissen ab.

Nach Kriegsende flossen der chinesischen Regierung aus den USA derartig bedeutende Werte zu, daß sich schwer unterscheiden läßt, wovon sie eigentlich existiert, ob von der chinesischen Notenpresse oder von den ihr durch die Kanäle des Lend-Lease zuströmenden Werten, von den „liquidierten amerikanischen Heeresbeständen“, von den UNRRA-Lieferungen, von Anleihen etc. Eins steht fest, die Aufwendungen der USA in China seit Beendigung des Krieges und die Mittel, die der chinesischen Regierung auf die verschiedenste Weise zugeschanzt wurden, belaufen sich schon jetzt auf eine Riesensumme, die die amerikanischen Steuerzahler in Form von direkten und indirekten Steuern aufzubringen hatten. Hauptsächlich auf ihre Kosten lebt und betätigt sich die regierende Oberschicht der Kuomintang. Übrigens haben diese Millionen in den Händen der Kuomintangführung nicht dazu beigetragen, die Volkswirtschaft Chinas zu sanieren, die noch nie einen solchen Tiefstand erlebt hat wie eben jetzt.

Womit erklärt sich die ungewöhnliche Gebehrlichkeit der amerikanischen Monopole gegenüber der Kuomintang? In erster Linie hat ihr Wohlwollen folgende Gründe.

1. Wenn die amerikanischen Monopole die chinesische Reaktion gegen die demokratische Bewegung des chinesischen Volkes unterstützen, so lassen sie sich dabei von politischen Erwägungen leiten. Sie wollen diese Bewegung abwürgen, die gesamte internationale Demokratie dadurch schwächen, in China eine ihrem Willen gefügige Clique an der Macht erhalten und China in ein abhängiges Land, in ein Werkzeug ihrer unersättlichen Expansionsbestrebungen in Asien und der ganzen Welt verwandeln.

2. Die amerikanischen Monopole wollen China wirtschaftlich zu einer Kolonie machen, seine Bevölkerung soll mit ihrer Hände Arbeit die Wall-Street-Magnaten bereichern helfen.

3. Durch die Lieferung von Waffen und sonstigen Gütern für den Bürgerkrieg in China bewirken die Monopole auch eine Preissteigerung im eigenen Lande. Würden diese Waren — Lastkraftwagen und Textilien, Schiffe und Maschinen, Schuhe, Kleidungsstücke usw. — in den USA verkauft, einerlei, ob zu den der Kuomintang berechneten Spottpreisen oder zu höheren, so müßte das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem amerikanischen Innenmarkt sich stark verschieben. Dadurch würden die Monopole und die Finanzmagnaten, die 1946 eine rücksichtslose Preissteigerung beabsichtigten, um einen Teil ihrer Profite gebracht worden sein, und dies ist eben der Grund, weshalb die Verfügung vom 19. Februar v. J. über die Rücklieferung und Veräußerung neuer, für den Zivilgebrauch geeigneter Waren in den USA nicht zur Ausführung gelangt ist.

Die von den USA-Behörden an die Kuomintang gelieferten Werte sind natürlich nicht summarisch genau festzustellen, aber das ist auch gar nicht nötig. Einen ausreichenden Begriff von ihrem Umfang gibt ein kurzer Überblick über die Ausgaben der USA in China und über die „Hilfeleistungen“ an die Kuomintangbehörden.

Nach dem Kriege haben die USA für den Unterhalt und Transport von Marineinfanterie, Flugstaffeln und anderen Waffengattungen nach China hunderte Millionen Dollar verausgabt. Das dortige USA-Oberkommando brauchte sich hierbei keinen Zwang aufzuerlegen. Vielen schien es zuweilen, als ob absichtlich unnötige Summen verausgabt oder als ob die Dienstleistungen, die Arbeiten und Materialien viel zu teuer bezahlt

würden. Ein großer Teil der von den amerikanischen Streitkräften in China verausgabten Gelder vergrößert in letzter Instanz die Dollarschuld der USA an China und bildet somit einen Einnahmeposten der Kuomintangregierung. Die Hauptaufgabe der amerikanischen Truppen in China bestand aber hauptsächlich in der Unterstützung dieser Regierung gegen das eigene Volk, so daß sie von der Kuomintang hätten unterhalten werden müssen.

Der Kuomintang standen somit nicht nur die amerikanischen Streitkräfte zur Verfügung, sondern diese Unterstützung wurde außerdem noch als Vorwand benutzt, um eine in die hunderte Millionen Dollar gehende materielle Hilfe zu bekommen.

Eine entsprechende Transaktion in Höhe von 28 Millionen Dollar wurde im Februar v. J. abgeschlossen. Die Kuomintang erhielt 5700 Lastkraftwagen mit Ersatzteilen sowie Textilwaren. Die größte Transaktion kam jedoch Ende August v. J. zum Abschluß. Zur Deckung der amerikanischen Schulden in China und im Wege anderer Verrechnungen wurden der Kuomintangregierung insgesamt für 175 Millionen Dollar „amerikanische Restbestände“ auf Okinawa, Saipan und anderen Inseln sowie in China selbst übergeben, die von Haus aus 855 Millionen USA-Dollar wert waren, darunter zahlreiche Lastkraftwagen, Uniformen, Exkavatoren zum Ausheben von Schützengräben usw.

Ungeheure Werte wurden der Kuomintang nach dem Kriege durch die riesigen Kanäle des aus der Kriegszeit stammenden Lend-Lease-Gesetzes zugeleitet. Zuzufolge dem Bericht, den Truman über die Lend-Lease-Lieferungen im Kongreß gab, erhielt China bis Ende 1945 Waffen und andere Güter für 1 335 000 000 Dollar, davon bis zum 30. September 1945 für 631 000 000 Dollar. Folglich hat die Kuomintang im letzten Quartal 1945 Werte von über 700 Millionen Dollar erhalten.* Nach Ansicht eingeweihter Kreise kommen dann noch die Lend-Lease-Lieferungen im August und September hinzu, so daß der Kuomintang von der Kapitulation Japans bis Ende 1945 beinahe 1 Milliarde Dollar zugeflossen wäre.

Aber auch 1946 trafen Lend-Lease-Lieferungen — Waffen und sonstige Güter — in China ein. Der Krieg mit Japan war bereits zu Ende, als ein großer Teil der chinesischen Armee auf diesem

Wege mit modernen amerikanischen Waffen versehen wurde.

Nach der Kapitulation Japans erhielten die Kuomintangregierung bzw. ihre Organisationen außerdem noch amerikanische Anleihen und Kredite, so eine Regierungsanleihe von 66 Millionen Dollar.

Eine bedeutende Einnahmequelle der Kuomintangregierung bildeten die für die hungernde Bevölkerung bestimmten Lieferungen der UNRRA, die sich auf insgesamt 675 Millionen Dollar belaufen. Das ist mehr, als irgendein anderes Land erhalten hat. Mindestens vier Fünftel aller dieser Waren gerieten unmittelbar in die Hände der Kuomintangbehörden. Bekanntlich wird in China ein schwunghafter Schleichhandel mit UNRRA-Waren getrieben. Allein an den Baumwolllieferungen der UNRRA im Werte von 50 Milliarden chinesischer Dollar hat die Kuomintangleitung Riesensummen verdient. Ein Teil dieser Gelder floß in die Kassen der Kuomintang, der Rest in private Taschen. Die Verarbeitung der Baumwolle durch die Textilkorporation — ein Kuomintangmonopol — sowie der Absatz der hergestellten Stoffe im Schleichhandel brachten Milliarden ein. Aus den Erklärungen und Protesten von UNRRA-Vertretern in China geht hervor, daß die chinesische Regierung die Waren aus politischen Erwägungen nicht an die Bevölkerung verteilt, sondern sie vergeuden oder stehlen läßt, „während das Volk weiter hungert und der Hilfe entbehrt“, wie es in einem von 250 UNRRA-Vertretern in Schanghai unterzeichneten, an den Generaldirektor der UNRRA gerichteten Telegramm vom Juli v. J. heißt.

Der Löwenanteil der Lebensmittel und Gebrauchsgüter, die die UNRRA für die hungernde Bevölkerung zur Verfügung stellt, gelangt in die Hände der Geheimpolizei und der Beamten im Kuomintangapparat bzw. dient zur Versorgung der Armee. Da man im Beisein von UNRRA-Vertretern die von dieser Organisation gelieferten Waren nicht so ohne weiteres entwenden kann, schieben die Kuomintangbehörden die Verteilung um jeden Preis auf. Die Schanghai Zweigstelle der UNRRA erklärte Ende Februar d. J., daß 45 Prozent der nach China geschickten Güter in den Speichern lagern und verderben. Gleichzeitig äußerte ein UNRRA-Vertreter Zweifel daran, daß die Lebensmittel an Bedürftige verteilt werden würden. Entweder man verkaufe sie oder man lasse sie in den Speichern herumliegen, da man die Abreise der UNRRA-Vertreter abwarte.

Es gibt sogar Leute und Organisationen, die es verstanden haben, sich die Geldmittel der UNRRA zunutze zu machen. So erhielt die von dem amerikanischen General Chennault gemeinsam mit

* In krassem Gegensatz zu früheren Berichten und Erklärungen heißt es in Bericht Nr. 23, der dem Kongreß am 27. Dezember v. J. zugeleitet wurde, China habe vor der Kapitulation für 870 Millionen Dollar, nach der Kapitulation aber für nur 694 Millionen Dollar Lend-Lease-Lieferungen erhalten. Wir gehen jedoch von den glaubwürdigeren Ziffern der Berichte Nr. 21 und 22 aus.

der Kuomintangregierung gegründete chinesische zentrale Luftfahrtgesellschaft (Chinese Central Air Transport Corporation) von der UNRRA eine Million Dollar.

Außer durch Lend-Lease-Lieferungen, durch die Liquidierung amerikanischer Bestände, die UNRRA-Hilfe und die Anleihen wurde die Kuomintang auch durch andere Kanäle unterstützt und finanziert. So bestätigte der USA-Kongreß 1946 ein Gesetz, wonach China 271 Kriegsschiffe und die für ihren Unterhalt und ihre Instandsetzung notwendigen Materialien übergeben wurden. Einer Reutermeldung zufolge trafen am 22. Juni v. J. von diesen der Kuomintangregierung geschenkten Schiffen zwei Torpedoboote, zwei U-Boote und vier Minensucher in Nanking ein.

Die China-Abteilung der USA-Kommission, der die Liquidierung der amerikanischen Bestände im Ausland obliegt, verkaufte unmittelbar an Kuomintanggesellschaften und -korporationen Militärflugzeuge mit Ersatzteilen sowie andere Bestände zu solchen Spottpreisen, daß nicht von einem Verkauf, sondern eher von einem Geschenk die Rede sein kann. Amerikanische Geschäftskreise in China verlangten eine Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen und wiesen darauf hin, daß der zentralen Luftfahrtgesellschaft Flugzeuge im Werte von vielen Millionen Dollar zum Preise von nur 500 000 Dollar sowie Ersatzteile und Flugzeugapparaturen im Werte von vielen hunderttausenden Dollar für ein paar tausend Dollar „verkauft“ worden seien. Schiffe und Ausrüstungen wurden ohne jede Preisvereinbarung „verkauft“.

Bei der „Liquidierung amerikanischer Bestände“ kam es Ende August v. J. auf dem Flugplatz von Lunghwa bei Nanking zu einem interessanten Vorfall. Am 27. August hatte der stellvertretende Staatssekretär Atcheson behauptet, die USA verkauften an China weder Waffen noch sonstiges Heeresgut. Vertreter der chinesischen zentralen Luftfahrtgesellschaft aber plauderten zur selben Zeit aus, daß demnächst eines der bei den amerikanischen Behörden angekauften Militärflugzeuggeschwader der Kuomintang-Luftflotte übergeben werden solle, und luden die Presse ein, der feierlichen Übergabe beizuwohnen.

Die Zeitungen schlugen Alarm über diesen Widerspruch zwischen Atchesons Erklärung und den Tatsachen. Da kam McCabe, der Leiter der USA-Kommission für die Liquidierung amerikanischer Bestände im Ausland, auf eine glänzende Idee. Auf dem Flugplatz von Lunghwa standen noch 11 funkelneue amerikanische Bomber Marke „B-25“, die bisher nur 25 Flugstunden hinter sich hatten, trotzdem aber als „Flugzeugbruch“ für einen Pappentstiel an die chinesische

zentrale Luftfahrtgesellschaft verkauft worden waren. McCabe ließ den Flugzeugen die Schwänze abhacken, wodurch sie, wenn auch mit einiger Verspätung, wirklich in „Bruch“ verwandelt wurden, der den Käufern nun erneut übergeben wurde. Ob die Presse der „Verstümmelungszeremonie“ beigewohnt hat, ist unbekannt, eins aber steht fest, nämlich daß die Luftflotte der Kuomintang über zahlreiche Bomber Marke „B-25“ verfügt, die häufig Überfälle auf die friedliche Bevölkerung der befreiten demokratischen Bezirke unternehmen...

Nach vorsichtigsten Schätzungen betragen die durch die aufgezählten Kanäle an die chinesische Regierung gelangten Mittel (einschließlich der Dollarausgaben der amerikanischen Truppen) nicht weniger als 3 Milliarden USA-Dollar. Rechnet man die vor der Kapitulation Japans erfolgten Lend-Lease-Lieferungen sowie die vom 1. Juli 1940 bis zum 30. September 1945 gewährten und von der chinesischen Regierung nicht zurückerstatteten Anleihen und Kredite in Höhe von 537 000 000 Dollar hinzu, so erhält man den erklecklichen Betrag von beinahe vier Milliarden Dollar...

Die Kuomintangarmee ist also auf Kosten der USA bewaffnet und eingekleidet worden, ja sie wird sogar zum großen Teil auf deren Kosten verpflegt. Amerikanische Instrukteure bilden sie aus, amerikanische Ratgeber leiten sie. Die Luftflotte der Kuomintang, die erst nach der Kapitulation Japans geschaffen wurde, ist durchweg amerikanisch, ebenso die Kriegsmarine.

* * *

Wie bereits gesagt, haben die von den USA in China aufgewandten Riesensummen nicht das geringste zur Sanierung der Volkswirtschaft dieses Landes beigetragen, was übrigens der reiche Onkel aus Amerika auch gar nicht beabsichtigt hatte. Daß er etwas ganz anderes wollte, geht aus den Plänen der amerikanischen Monopole hervor, die auf eine ökonomische Versklavung Chinas hinauslaufen.

Bekanntlich planen amerikanische Firmen bereits eine ausgedehnte Tätigkeit in China, wozu in letzter Zeit ernstliche Schritte unternommen worden sind. Die wichtigste Maßnahme dieser Art ist der chinesisch-amerikanische Handelsvertrag von 1946, der den amerikanischen Großfirmen in China volle Handlungsfreiheit gewährt und in jeder Hinsicht eine juristische Handhabe für die Verwandlung Chinas in eine Kolonie der amerikanischen Monopole bietet.

Wie Wutingschang, der Generalsekretär des zentralen Planungsausschusses der Kuomintang, Ende Januar d. J. erklärt hat, soll der auf fünf

Jahre berechnete ökonomische Wiederaufbauplan zu einem Drittel mit ausländischen Mitteln, zu einem weiteren Drittel von der Bevölkerung und im übrigen aus Regierungseinlagen finanziert werden. Handelte es sich um großangelegte Aufbauarbeiten, so könnten die bankrotten Kuomintangbehörden natürlich keineswegs zwei Drittel der nötigen Kapitalien innerhalb des Landes aufbringen, sie müßten die Wall Street in Anspruch nehmen, wie sie es auch für die Führung des Bürgerkrieges tun. In den konkreten amerikanischen Projekten wird auch tatsächlich die Investierung von 972 Millionen USA-Dollar in 953 chinesischen Bergwerken in Aussicht genommen, ferner sollen 897 Millionen in die Eisenbahnen und in andere Verkehrsunternehmungen hineingesteckt werden. Es existieren auch noch weitere Projekte, und in einer Reihe von Fällen hat das amerikanische Kapital bereits praktisch zu operieren begonnen.

Kennzeichnend ist, daß die mittleren und kleinen Firmen Amerikas und Chinas in diesen sowie in anderen Projekten nicht figurieren. Die amerikanischen Monopole treten entweder direkt mit der Kuomintangregierung oder mit den chinesischen Monopolen in Verbindung. Die großen chinesischen Gesellschaften, die mit amerikanischem Kapital arbeiten, sind bereits in USA-Kuomintang-Monopole verwandelt worden. So wird die größte chinesische Schiffahrtsgesellschaft nicht nur zu einem bedeutenden Teil vom amerikanischen Kapital kontrolliert, sondern sie zählt in ihrer Leitung und unter ihrem technischen Personal eine große Anzahl von Amerikanern. Dies trifft in noch höherem Maße für die chinesische zentrale Luftfahrtgesellschaft zu, an deren Spitze Chennault steht.

Schon 1946 entfielen über 50 Prozent des chinesischen Außenhandelsumsatzes auf die USA. Die amerikanische Währung ist in China seit 1946 das übliche Zahlungsmittel. In den Städten hat sie den rasch im Werte sinkenden chinesischen Dollar verdrängt. Das amerikanische Kapital genießt immer weitgehendere Privilegien, es nimmt die „Sonderstellung“ ein, um die sich seinerzeit die japanischen Zaibatsu bemühten. Ende Februar d. J. wurde z. B. eine Verfügung erlassen, wonach alle Schiffe außer den amerikanischen und britischen, vor dem Anlaufen chinesischer Häfen eine besondere Erlaubnis einholen müssen.

Welche ökonomischen Erfolge hat die Kuomintang mit dieser Politik und diesen praktischen Maßnahmen erzielt? Im Jahre 1946 erzeugte China 8000 Tonnen Stahl, 300 000 Tonnen Zement und 13 Millionen Tonnen Kohle. Wahrlich, das Spiel war nicht die Kerzen wert.

Darüber hinaus ist die Finanz- und Wirtschaftskrise in letzter Zeit akuter denn je. In den letzten fünf Monaten haben 27 000 chinesische Handeshäuser und Industriefirmen Bankrott gemacht. Im Februar d. J. stieg der Kurs des amerikanischen Dollars an manchen Tagen innerhalb von zwei bis drei Stunden um mehrere tausend chinesische Dollar. Tschiangkaischek erklärte am 16. Februar, daß zur Bekämpfung der Inflation von nun ab der Ankauf und Verkauf von Gold im Freihandel verboten und „der Lohnerhöhung eine Schranke gesetzt worden“ sei. Glaubt man denn wirklich, Inflation und Finanzkrise mit Hilfe der Elendslöhne des ohnehin nicht zahlreichen Industrieproletariats beheben zu können, noch dazu in einem Lande, wo das Auslandskapital die Oberhand hat und wo 80 Prozent des Staatshaushalts für den Bürgerkrieg draufgehen? Es ist ganz klar, daß die wirtschaftliche Lage dadurch nicht besser, sondern nur noch schlechter werden kann.

Die obigen Tatsachen geben denjenigen recht, die der Ansicht sind, daß die amerikanischen Monopole durch ihre Tätigkeit bewußt die Reaktion unterstützen, den Bürgerkrieg in China schüren und das Land der tiefsten wirtschaftlichen Zerrüttung anheimfallen lassen wollen, um sich seiner desto leichter bemächtigen zu können. Die amerikanischen Monopole und ihre politischen Vertreter betrachten den Bürgerkrieg und den wirtschaftlichen Niedergang Chinas als „normale“ und erwünschte Erscheinung.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist eine offene Erklärung von John Fairbank, dem ehemaligen Leiter des amerikanischen Informationsdienstes in China. In einem Artikel, der im September v. J. in der Zeitschrift „Atlantic Monthly“ zum Abdruck kam, schreibt er, die materielle Hilfe an die Kuomintang stärke

„... den rechten Flügel der Kuomintang, der den Bürgerkrieg gegen die Kommunisten offen vorbereitet hat“.

Welche Erfolge haben die USA mit ihrer Chinapolitik in dieser Hinsicht zu verzeichnen? Eine Antwort auf diese Frage finden wir in einer kürzlich veröffentlichten Meldung der Associated Press aus Shanghai. Ein ausländischer Sachverständiger, der die Stimmungen in der chinesischen Öffentlichkeit kennt, erklärte dem Korrespondenten dieser Agentur, daß gegen Ende des Krieges mit Japan jeder zehnte Chinese in Shanghai mit den Kommunisten sympathisierte, heute aber jeder dritte.

Gleichzeitig wächst auch das Mißtrauen der Bevölkerung Chinas gegen die Politik der USA, die für das chinesische Volk so verhängnisvolle Folgen zeitigt hat.

• • •

Kurz nach der Kapitulation Japans kamen aus China alarmierende Nachrichten über das Aufkommen des Bürgerkriegs, das Wüten der Reaktion, die fast unverhüllte Einmischung des amerikanischen Oberkommandos in die inneren Angelegenheiten Chinas. Diese Situation, die eine große Gefahr nicht nur für das chinesische Volk, sondern auch für den Weltfrieden bedeutet, mußte Beunruhigung hervorrufen. Aus diesem Grunde war die demokratische Öffentlichkeit aller Länder sehr befriedigt zu erfahren, daß auf der Moskauer Beratung der Außenminister der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens Ende 1945 eine Einigung über die mit der Situation in China zusammenhängenden Fragen erzielt worden war.

Die Sowjetunion, die ihre internationalen Verpflichtungen grundsätzlich immer genau erfüllt,

hat ihrerseits alles zur Verwirklichung dieser getroffenen Vereinbarung getan. Wir sehen jedoch, daß sich seit der damaligen Moskauer Beratung die politische und ökonomische Lage in China verschlechtert hat, und dies ausschließlich aus dem Grund, weil eins der Länder — die USA — die in der Vereinbarung von 1945 übernommenen Verpflichtungen als einen bedeutungslosen „Fetzen Papier“ betrachtet hat.

Gerade das Land, das die „Heiligkeit der Verträge“, die „Unantastbarkeit der Vereinbarungen“ und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder in seinen offiziellen Erklärungen wiederholt auf den Schild gehoben hat, setzt und setzt sich jetzt in seiner Politik und durch seine Vertreter kurzerhand über die „Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“ hinweg.

Internationale Umschau

(Notizen)

ZUM PROBLEM DER KONTROLLE ÜBER DIE ATOMENERGIE

Nach fast dreimonatiger Erörterung der Atomkontrollpläne hat der Sicherheitsrat die Frage an den Atomkontrollausschuß zurückverwiesen. Die Beschlußfassung ist also abermals verschoben. Das Fehlen eines auch nur einigermaßen fühlbaren Fortschritts ist die Folge des von dem Vertreter der USA eingenommenen unversöhnlichen Standpunkts.

Dieser Umstand verdient zweifellos Beachtung. Er veranlaßt noch einmal zum Nachdenken über die zahlreichen Pressemitteilungen, die davor berichten, daß einflußreiche amerikanische Kreise überhaupt am Scheitern der geplanten internationalen Atomenergiekontrolle interessiert sind. Tatsächlich zeigt eine Analyse der amerikanischen Vorschläge, daß ihre Autoren sich nicht wenig Mühe geben, um zu erreichen, daß die USA für den Fall einer Annahme dieser Vorschläge die entscheidende Rolle bei der Gewinnung und Ausnutzung der Atomenergie behalten.

Die Generalversammlung der UNO hat in ihrer Resolution vom 14. Dezember 1946 bekanntlich das Verbot und den Ausschluß der Atomwaffe und aller anderen Arten, von Waffen zur Massen-

vernichtung von Menschen aus den nationalen Rüstungen als eine vor dem Sicherheitsrat stehende unaufschiebbare Aufgabe bezeichnet. Die Bewältigung dieser dringenden Aufgabe würde zweifellos eine Verständigung über andere, mit der Ausnutzung der Atomenergie zusammenhängende Fragen erleichtern. Dennoch ist in den amerikanischen Vorschlägen der Abschluß einer internationalen Konvention über das Verbot der Atomwaffe nicht vorgesehen. Noch mehr, der USA-Vertreter im Sicherheitsrat hat direkt erklärt, der Abschluß einer solchen Konvention sei für ihn so lange unannehmbar, wie die amerikanischen Vorschläge nicht restlos angenommen sind. Diese Vorschläge aber sind unverkennbar darauf gerichtet, den USA in der Produktion von Atomenergie eine Monopolstellung zu sichern.

In dem Bericht des Ausschusses, der im wesentlichen die Thesen des bekannten „Baruchplans“ widerspiegelt, wird von der Stiftung eines „internationalen Organs“ mit außerordentlich weitgehenden, faktisch durch nichts beschränkten Rechten und Vollmachten gesprochen. Dieses Organ, dem die Atombetriebe als Eigentum zu übergeben wären, soll berechtigt sein, die Anlage derartiger Betriebe auf dem Territorium dieser oder jener Staaten zu gestatten oder zu verbieten und

außerdem das exklusive Recht besitzen, die entsprechenden wissenschaftlichen Forschungsarbeiten durchzuführen. Das fragliche „internationale Organ“ würde also die Möglichkeit erhalten, sich in das Wirtschaftsleben der Länder, d. h. in deren innere Angelegenheiten einzumischen, was mit dem Begriff der staatlichen Souveränität absolut unvereinbar ist.

Die Urheber dieser Vorschläge, die den von den Vereinten Nationen proklamierten Prinzipien kraß zuwiderlaufen, rechnen zweifellos darauf, daß die USA, gestützt auf die Mehrheit in dem geplanten „internationalen Organ“ und nach durchgesetzter Umstoßung des Prinzips der Einstimmigkeit der Großmächte in dieser Frage, den anderen Ländern ihren Willen diktieren könnten. Hiervon wird in einer Meldung Mannings, eines United-Press-Korrespondenten, ziemlich offen gesprochen:

„Im Falle der Annahme der USA-Vorschläge über die Schaffung einer starken Atomenergiebehörde (Atomic Energy Authority) ohne das Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte könnte die Entwicklung der Atomkraft und ihre wohlthätige Nutzbarmachung in Rußland oder in Ländern, die der Sowjetunion befreundet sind, aufhalten oder vollständig verhindert werden.“

Die Initiatoren derartiger Projekte können doch kaum ernstlich annehmen, daß Völker, die den Wert ihrer Unabhängigkeit kennen, sich bereit erklären, das Joch der Abhängigkeit von den neuen Weltherrschaftsprätendenten auf sich zu nehmen.

A. A. Gromyko, der Delegierte der Sowjetunion, unterzog die USA-Vorschläge, die der Atomkontrollausschuß seinem Bericht zugrunde gelegt hat, am 5. Februar vor dem Sicherheitsrat einer detaillierten Analyse. Er zeigte, wie falsch die Idee ist, die einzelnen Staaten den Interessen einer einzigen Macht unterzuordnen, worauf ja der amerikanische Plan beruht.

Man muß ferner vermerken, daß die im amerikanischen Plan vorgeschlagenen Maßnahmen häufig mit ganz zweifelhaften Zahlen begründet werden. So wird entsprechend dem Vorschlag der USA-Delegation in dem Bericht des wissenschaftlich-technischen Komitees des Atomkontrollausschusses die Welturanproduktion nur mit 1000 Tonnen angegeben. Dabei ist bekannt, daß die Jahresproduktion eines einzigen Bergwerks in Belgisch-Kongo sich 1944 auf 4000 Tonnen Uran in Metallform belief.

Ein bestimmter Teil der Presse Englands und Amerikas versucht die Sache so hinstellen, als ob die Schuld für den neuen Aufschub der Verwirklichung der Resolution der Generalversammlung vom 14. Dezember v. J. der Sowjetunion zufiele, die sich der Annahme der USA-Vorschläge

böswillig widersetze. Amerikanische Zeitungen schreiben: „Soviet Rejects Atom Plan“, „Russia Bars Atom Plan“ (Die Sowjetunion lehnt den Atomplan ab. Rußland verhindert den Atomplan). Das entspricht nicht der Wahrheit. Die Stellungnahme der Sowjetunion in dieser Frage ist wiederholt in erschöpfender Vollständigkeit und Klarheit dargelegt worden. Die Sowjetvorschläge verlangen im Gegenteil die Herstellung einer strengen internationalen Kontrolle über die Atomenergie und eine strenge Inspektion, jedoch ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Diese Bedingung entspricht in vollem Maße den Prinzipien der UNO und den Lebensinteressen der Völker aller Länder, die die unverzügliche Lösung einer für die Menschheit so lebenswichtigen Frage erheischen, wie es die Herstellung einer Kontrolle über die Atomenergie ist.

DER POLNISCH-TSCHECHOSLOWAKISCHE VERTRAG

Der Abschluß des polnisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Beistandsvertrages, der am 10. März in Warschau unterzeichnet wurde, ist von den Freunden beider Länder und allen Anhängern eines dauerhaften Friedens mit Genugtuung aufgenommen worden.

Polen und die Tschechoslowakei sind die beiden slawischen Staaten, die im Verlauf der Geschichte wiederholt dem deutschen „Drang nach Osten“ zum Opfer gefallen sind. Allein durchaus nicht immer sind Polen und die Tschechoslowakei, die in gleichem Maße an der Abwehr der deutschen Aggression interessiert sind, miteinander gegangen. Die Uneinigkeit dieser beiden Völker aber hat für sie verhängnisvolle Folgen gezeitigt.

Besonders tragisch wirkte sich die mangelnde Einigkeit Polens und der Tschechoslowakei auf ihr Schicksal in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen aus. Die hitlerfreundliche polnische Politik des Obersten Beck erleichterte Hitler die Zerstückelung und dann die Annexion der Tschechoslowakei. Diese treubruchige Politik hat Polen bekanntlich nicht vor dem Lose gerettet, das die Hitlerclique ihm zudachte, in den polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen jedoch hat sie bestimmte Spuren hinterlassen.

Die Niederwerfung Hitlerdeutschlands durch die Sowjetarmee eröffnete Polen ebenso wie der Tschechoslowakei neue Wege. In beiden Ländern sind demokratische Kräfte zur Macht gekommen. Hier wie dort hat man mit den Agenten des deutschen Imperialismus aufgeräumt und günstige Voraussetzungen geschaffen für eine friedliche

Zusammenarbeit zwecks Verhinderung von Rückfällen der deutschen Aggression. Freilich sind einige Fragen der tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen, insbesondere Territorialfragen, bisher ungelöst geblieben.

Die reaktionären Kreise beider Länder versuchen ebenso wie ihre ausländischen Gönner, eine Regelung der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen zu vereiteln. Die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei aber, die eine demokratische Politik innerhalb des Landes und in der internationalen Arena durchführen, haben es verstanden, eine gemeinsame Sprache zu finden.

Die vor ein paar Monaten eingeleiteten Verhandlungen sind nun von Erfolg gekrönt worden. Am 10. März wurde der Freundschafts- und Beistandsvertrag unterzeichnet und außerdem wurden eine Anzahl anderer Abkommen über verschiedene Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit erörtert. Auch darüber, daß die strittigen Territorialfragen spätestens zwei Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages geregelt werden sollen, ist eine Vereinbarung erzielt worden.

Es wurde beschlossen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auszubauen, einander Rohstoffe und Fertigwaren zu liefern, den Handelsumsatz in den nächsten 5 Jahren auf 200 bis 300 Millionen USA Dollar für jede Seite zu erweitern sowie die Häfen und Eisenbahnen gemeinsam zu bewirtschaften.

Der Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei ist ein wertvoller Beitrag zur Zusammenarbeit der slawischen Völker. Ebenso wie die analogen Freundschaftsverträge, die Polen und die Tschechoslowakei mit der Sowjetunion und Jugoslawien abgeschlossen haben, postuliert der polnisch-tschechoslowakische Vertrag eine allseitige Zusammenarbeit der beiden Länder „zwecks Abwendung jeder ihnen drohenden neuen Aggression Deutschlands oder jedes anderen Staates, der sich mit solchen Absichten unmittelbar oder auf irgendeine andere Weise mit Deutschland vereinigen sollte“.

Polen und die Tschechoslowakei haben ein Lebensinteresse an einer durchgreifenden Lösung der deutschen Frage im Geiste der Potsdamer Beschlüsse, d. h. durch Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands. Diese gemeinsame Einstellung hat ihren Ausdruck gefunden in den Denkschriften, die die polnische und die tschechoslowakische Regierung der Londoner Beratung der Sonderbeauftragten der Außenminister überreicht haben. In den Denkschriften wird die Notwendigkeit einer restlosen Verwirklichung der Potsdamer Beschlüsse, besonders der Beschlüsse

über die Westgrenzen Polens, betont. Die Frage der Grenzen an Oder und Neiße interessiert natürlich nicht nur Polen und die Tschechoslowakei. Die Oder und die Neiße sind nunmehr die unverletzliche Grenze, die Deutschland von der slawischen Welt scheidet.

Der polnisch-tschechoslowakische Vertrag, der für den weiteren Ausbau der Freundschaft der slawischen Völker zeugt, dient der Sache des Friedens und der Sicherheit in Europa. Der Vertrag schafft neue Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der osteuropäischen Völker im Rahmen der UNO zum Wohle des allgemeinen Friedens.

WAS SOLL HIER DIE DEMOKRATIE?

Die amerikanische Pressefreiheit läßt sich bekanntlich ausgezeichnet zusammenreimen mit der Rassendiskrimination, die übrigens sogar auf die Mitarbeiter der Presse Anwendung findet. So werden Negerjournalisten nicht in den Korrespondentenverband aufgenommen, der als Congressional Press Gallery bekannt ist. Diese Presse-galerie, die 700 Journalisten vereinigt, wählt einen ständigen Ausschuß, der darüber entscheidet, welche Journalisten das Recht haben, zu den Sitzungen des Kongresses zugelassen zu werden und welche nicht. Der Ausschuß verweigert Negerjournalisten den Zutritt zum Kongreß, obgleich sie formal, laut Verfassung, als gleichberechtigte Bürger der USA gelten.

In diesen Tagen hat der ständige Ausschuß den Negerjournalisten Lautier, der um Aufnahme in die Kongreßpresse-galerie ersucht hatte, abschlägig beschieden. In der Ausschußsitzung vom 5. März stimmte für die Aufnahme nur Bancroft, der Korrespondent des liberalen „Chicago Sun“. Die anderen drei Mitglieder des Ausschusses, darunter Theis, der Vertreter des Hearstschen International News Service, widersetzten sich entschieden der Zulassung eines Negerjournalisten zu den Kongreßsitzungen, und zwar unter dem Vorwand, Lautier vertrete keine große Zeitung. Dabei ist ausgezeichnet bekannt, daß Lautier in Washington die Negro Newspaper Publishers' Association vertritt, eine Verlegerorganisation, die 50 verschiedene Presseorgane mit Informationen beliefert.

Man kann den Journalisten aus dem Ausschuß der Presse-galerie, die keinen Neger in ihre Mitte aufnehmen wollen, die Konsequenz nicht absprechen: sie beschränken sich nicht darauf, chauvinistische und Rassenideen in der Presse zu verbreiten, sondern sie verwirklichen sie auch in der Praxis. Was aber soll hierbei die Freiheit der Presse und die Demokratie?

In Indien

(Reisenotizen)

Akademienmitglied W. WOLGIN

Im Januar d. J. wohnte eine Delegation von Sowjetwissenschaftlern der Kongreßtagung der indischen Gelehrtenassoziation (Indian Science Congress Association) bei. Der Delegation gehörten W. P. Wolgin, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften als Leiter, ferner Akademienmitglied J. W. Pawlowski, Professor S. U. Umarow, Rektor der Taschkenter Universität, sowie Professor A. W. Bolschakow an.

Nachstehend bringen wir Reiseeindrücke des Akademienmitglieds W. P. Wolgin.

IM OKTOBER v. J. erhielt die Akademie der Wissenschaften der UdSSR eine Einladung von Dschawaharlal Nehru, dem Vizepräsidenten der provisorischen Regierung Indiens und Führer des linken Flügels des Indischen Nationalkongresses, der gleichzeitig auch zu den Leitern des Kongresses der indischen Gelehrtenassoziation gehört. Er forderte uns auf, eine Delegation zu der für den 2.—8. Januar d. J. anberaumten Tagung des Kongresses zu entsenden. Die Akademie der Wissenschaften nahm diese Einladung an.

Leider konnte unser Flugzeug infolge der ungünstigen Witterung Moskau erst am 2. Januar verlassen. Nach zweitägiger Reise gelangten wir aus dem winterlich frostigen Moskau in einen warmen, feuchten Sommer, aus den Fichtenwäldern, die den Wnukowoer Flugplatz umsäumen, in die Dattelpalmenhaine von Basra. Darauf überflogen wir den Persischen Golf, die Bahreininseln, Oman und das Arabische Meer, übernachteten an der Küste von Belutschistan und landeten am vierten Tag bereits auf dem Flugplatz von Delhi.

Wir wurden festlich empfangen. Im Namen des Kongresses begrüßte uns Bhatnagar, ein bekannter Vertreter der physikalischen Chemie in Indien. Außerdem waren Vertreter des Auswärtigen Amtes, der Gelehrtenwelt und der Presse anwesend. Allen Delegierten wurden nach indischem Brauch Kränze aus frischen Blumen umgehängt. Nach kurzen Begrüßungsworten brachte man uns ins Hotel.

* * *

Den Auftakt zum Kongreß bildete eine Vollversammlung, die unter freiem Himmel vor einem großen Forum abgehalten wurde. Dann begannen die täglichen Sitzungen der Sektionen. Von den humanitären Wissenschaften war dort

nur die Archäologie vertreten, die übrigen gehören nicht zum Wirkungsbereich des Kongresses. Die Historiker halten ihre eigenen Tagungen ab. In den Abendstunden veranstaltete der Kongreß populäre Vorlesungen für ein breites Publikum, die in der Hauptsache von Studenten besucht wurden. Die Sektionstagungen fanden in den Hörsälen der Universität statt, die öffentlichen Vorlesungen in speziell hierfür errichteten Riesenzelten mit etwa 3000 Sitzen, die auf dem (wie meist in Indien außerhalb der Stadt gelegenen) Universitätsgelände aufgestellt waren. Diesen Vorlesungen wohnte gewöhnlich die gesamte Leitung des Kongresses der Gelehrtenassoziation bei.

In einer solchen großen Versammlung wurde unsere Delegation nach einer Vorlesung des amerikanischen Astronomen Shapley dem Präsidium des Kongresses offiziell vorgestellt. Die Mitteilung von unserem Eintreffen löste begeisterte Ovationen aus. Mit Beifallsstürmen begrüßten die Zuhörer auch jeden einzelnen unserer Delegierten. Dieses erste Treffen mit einer indischen Zuhörerschaft ließ erkennen, wie man in Indien zu uns steht.

Da wir zur Eröffnung des Kongresses zu spät gekommen waren, hielt die Leitung es für angebracht, die offizielle Begrüßung der Sowjetdelegation auf der letzten Sitzung verlesen zu lassen. Dies war wieder eine offene, von zahlreichem Publikum besuchte Versammlung wie die erste. Sie fand auf einer großen Wiese des Universitätsparks unter dem Vorsitz Nehrus statt. Die Tische, an denen die Mitglieder des Kongresses und seine Gäste saßen, umgab ein dichter Kranz junger und alter Gesichter, die gespannt den Rednern lauschten.

Nachdem Nehru die Versammlung eröffnet hatte, erteilte er mir, als dem Leiter der Sowjet-

delegation das Wort. In meiner Begrüßung gab ich einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, ich schilderte, welche Rolle die Wissenschaft in der Sowjetunion spielt, wie eng sie mit dem praktischen sozialistischen Aufbau verbunden ist, wieviel Aufmerksamkeit die Sowjetregierung und J. W. Stalin persönlich den wissenschaftlichen Institutionen zuwenden und wie neue Stätten der Wissenschaft, Filialen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Akademien der einzelnen Republiken geschaffen werden. Besonders ausführlich sprach ich über die Arbeit unserer Gelehrten während des Krieges und über die neuen Aufgaben, vor denen unsere Wissenschaft heute, im Zusammenhang mit dem Fünfjahrplan steht, der die Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR zum Ziel hat.

Ich erwähnte, daß die Namen der hervorragenden indischen Gelehrten in der Sowjetunion wohl bekannt seien, daß einzelne Sowjetgelehrte Indien schon früher besucht hätten, wenngleich dies die erste Delegation der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zu einem indischen Wissenschaftlerkongreß sei. Dann gab ich der Hoffnung Ausdruck, daß unsere Reise zur Festigung und Fortentwicklung der wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Völkern der Sowjetunion und denen Indiens beitragen möge.

In seiner Antwortrede sagte Nehru, Indien habe während des ganzen letzten Vierteljahrhunderts die erstaunlichen Errungenschaften und Erfolge der Sowjetunion mit ungeheurem Interesse verfolgt.

„Wir sind Nachbarn“, sagte Nehru, „und als Nachbarn müssen wir uns füreinander interessieren, müssen wir einander kennen. Aber das ist noch nicht alles. Auf vielen Gebieten menschlicher Tätigkeit sind Sie bahnbrechend gewesen. Sie haben das Gesicht Ihres Landes vor unseren Augen mit einer Geschwindigkeit, die die Welt verblüffte, umgestaltet. Deshalb wollen wir, die wir beabsichtigen, große Veränderungen in Indien durchzuführen, jetzt an Ihrem Beispiel lernen. Wir möchten wissen, was Sie getan haben und wie Sie das getan haben. Besonders verblüffend ist der Aufstieg der Wissenschaft in der Sowjetunion und ihre erfolgreiche Anwendung zum Wohl der Völker Ihres Landes. Wir streben ebenso wie Sie danach, die Wissenschaft zu Nutz und Frommen der Millionenmassen zu verwerten, und möchten bei Ihnen in die Lehre gehen.“

Leider konnte in den Sektionen des Kongresses von uns Sowjetdelegierten nur Akademiemitglied Pawlowski das Wort ergreifen, da, wie bereits gesagt, der Kongreß keine historische Sektion

besitzt. Infolgedessen hatte ich keine Gelegenheit, einen Vortrag zu halten.

Akademiemitglied Pawlowski hielt in der medizinischen Sektion einen Vortrag über die Orientbeule. Das Thema war aktuell, da diese Krankheit in manchen Gebieten Indiens weit verbreitet ist. Der Vortrag wurde mit großem Interesse angehört und rief eine lebhafte Debatte hervor.

Sowohl Akademiemitglied Pawlowski als auch Professor Umarow hielten im Rahmen des Kongresses populäre Vorlesungen. Akademiemitglied Pawlowski sprach über den kulturellen Aufstieg Tadshikistans, Professor Umarow über die Entwicklung der Aufklärung und Wissenschaft in Usbekistan. Die kulturellen Erfolge dieser der Nordgrenze Indiens so nahe liegenden jungen Sowjetrepubliken riefen unter den Hörern großes Interesse hervor.

Einen Tag nach Schluß der Kongreßtagung, am 10. Januar, überreichte die Universität Delhi auf einer speziellen Festversammlung zehn dem Kongreß als Gäste beiwohnenden ausländischen Gelehrten das Ehrendoktordiplom. Von den englischen Gelehrten wurden Darwin und Thompson dieser Ehre teilhaftig, von den Amerikanern Shapley, von den Franzosen Hadamar, von den Mitgliedern der Sowjetdelegation ich für meine Schriften über die Geschichte des Sozialismus sowie Akademiemitglied Pawlowski für seine zoologischen und parasitologischen Arbeiten. Auf der Sitzung des Rats der Universität präsiidierte der Kanzler der Universität und Vizekönig Indiens, Lord Wavell, der gleichzeitig auch unsere Ernennung verlas. Auf indischen Universitäten herrscht der von England entlehnte Brauch, das nominelle Oberhaupt der Universität, den sogenannten Kanzler, aus der regierenden Oberschicht zu wählen. Das faktische Oberhaupt der Universität trägt den Titel eines Vizekanzlers. Im Gegensatz zur geltenden Tradition verlas Lord Wavell die Ernennung der russischen Delegierten und die Begrüßung an sie nicht in englischer, sondern in russischer Sprache.

Die freien Stunden zwischen den Sitzungen und den zahlreichen Empfängen widmeten wir der Besichtigung Delhis, seiner Bildungsstätten und Sehenswürdigkeiten. Leider waren diese freien Stunden gezählt, daher konnten wir bei weitem nicht alles sehen, was historisch oder völkerkundlich sehenswert gewesen wäre.

Delhi ist eine uralte Stadt. Der Oberlieferung nach soll sie schon lange vor unserer Zeitrechnung unter dem Namen Indraprastha bestanden haben. Die Stadt liegt am Flusse Dschamna, an einer Kreuzung der Handelsstraßen, die nach dem Pandshab und in die Ausläufer des Himalaja, zur Mündung des Indus, in die Gangesniederung,

nach Dekhan führen. Delhi ist ein bedeutendes Handelszentrum. Jahrhundertlang war es die Residenz der indischen Dynastien. Die Geschichte berichtet von wiederholten Überfällen der jeweiligen Eroberer Indiens auf diese Stadt. Im 14. Jahrhundert wurde sie von Tamerlan eingenommen, im 16. Jahrhundert von Babur, der das Reich der Großmogule begründete. Im 18. Jahrhundert wurde die Stadt von Schah Nadir besetzt und geplündert, 1803 von den Engländern erobert. Im Jahre 1857 (während des Sepoyaufstands) war Delhi ein Zentrum des Widerstandes der indischen Volksmassen gegen die englische Herrschaft. Erst nach sechsmonatiger Belagerung konnten die englischen Truppen die Stadt einnehmen. 1911 wurde die Residenz Britisch-Indiens hierher verlegt.

Delhi besitzt zahlreiche historische Denkmäler und herrliche antike und neuzeitliche Bauten. Das erst in den letzten 35 Jahren entstandene Neu-Delhi ist für indische Städte nicht charakteristisch. Deshalb sagt man hier: „Delhi ist noch nicht Indien.“ Und doch hat sich in dieser Stadt sehr viel vom alten Indien erhalten. Besonders die Straßen der Altstadt spiegeln die Gebräuche in den verschiedenen Gebieten Indiens und die kulturellen Entwicklungsstufen wider.

Bei der Besichtigung der historischen Denkmäler begleitete uns Professor Kuraschi, Historiker an der Universität Delhi, der uns die nötigen Erklärungen gab. Der bemerkenswerteste historische Bau in der Umgebung von Delhi ist das in einem Kreis von Ruinen aufragende Kutub Minar, ein wunderbar konstruierter, 238 Fuß hoher fünfstöckiger Turm aus rötlichem Sandstein und weißem Marmor. Der Bau wurde etwa um das Jahr 1200 u. Z. von Kutub-ed-din Aibek begonnen und im 13. Jahrhundert zu Ende geführt. Aibek war ein Sklave des afghanischen Sultans Mohammed Ghori, der Ende des 12. Jahrhunderts in Indien einfiel und in dessen Norden den ersten großen Moslemstaat begründete. Mohammed setzte Aibek zum Statthalter von Delhi ein, und nach Mohammeds Tode ergriff Aibek die Staatsmacht und begründete die sogenannte Mamelukendynastie, die Delhi zu ihrer Residenz erwählte.

Im Zentrum der heutigen „Altstadt“ erheben sich zwei Bauten aus der Zeit der Großmogule, der von Schah Dschahan (1638–1650) erbaute Kaiserpalast, das sogenannte Rote Fort, und unweit davon eine große Moschee, Dschuma Masjid genannt, mit drei Kuppeln und zwei Minaretten, einer riesigen Freitreppe und einem mit Granit und Marmor gepflasterten Hof. Das Rote Fort trägt seinen Namen nach dem roten Sandstein, aus dem seine Mauern und Türme erbaut

sind. Dieses architektonische Kunstwerk aus dem 17. Jahrhundert wird von den in seinem Innern errichteten Kasernen für englische Soldaten verunziert. Aber weder die Jahrhunderte noch die Raubzüge der Eroberer (besonders Schah Nadirs) noch die englischen Bauten können den Reiz dieses architektonischen Ganzen aus der Blütezeit der Mogulenkunst verwischen.

In Neu-Delhi gibt es nicht wenig große neue Gebäude, in denen Regierungsämter untergebracht sind, so das Parlamentsgebäude, in dem jetzt die verfassunggebende Versammlung tagt, und der Palast des Vizekönigs. Indische Fürsten und Politiker haben sich originelle Villen erbaut. Die großen Gebäude sind von der europäischen Architektur beeinflusst, obwohl sie auch gewisse Züge der indischen Baukunst zeigen. Ihre Fassaden sind von vorstehenden Dächern beschattet, sie haben überdachte Galerien und Innenhöfe. Aber nicht die Bauten, sondern das üppige Grün, in dem sie verschwinden, machen den Reiz von Neu-Delhi aus. Es ist eine richtige Gartenstadt, deren Straßen Alleen sind.

Am 9. Januar veranstaltete der Kongreß für die ausländischen Gäste einen Ausflug nach Agra, ebenfalls am Ufer des Flusses Dschamna, nur über 100 km flußabwärts gelegen. Agra war die Hauptstadt des Mogulenreichs zur Zeit seiner Blüte, unter Akbar dem Großen und seiner nächsten Nachfolger. Agra und seine Umgebung ist daher reich an Bauwerken dieser Epoche.

Einige von ihnen wurden, wie die Bauten Delhis, von den plündernden Eroberern (den Persern und Marathen) beschädigt, viele aber sind unversehrt geblieben. Die schönsten sind der Palast Akbars, sein Mausoleum, Fort Agra und schließlich das schönste Musterbild indisch-muselmanischer Architektur, Tadsch Mahal.

Das von Akbar aus demselben roten Sandstein wie das Rote Fort erbaute Fort Agra ist architektonisch imposanter als jenes. Hier suchte während des Sepoyaufstands die englische Garnison Schutz, bis Verstärkungen herankamen und sie befreiten. Innerhalb des Forts gibt es zahlreiche schöne antike Bauten.

Tadsch Mahal ist ein Anfang des 17. Jahrhunderts von Schah Dschahan, dem indischen Kaiser, zu Ehren seiner früh verstorbenen Frau errichtetes Mausoleum, in dem er auch selbst beige-setzt ist. Dieses schöne, zierliche, ganz aus weißem Marmor errichtete Gebäude mit seiner großen Kuppel und vier Minaretten erhebt sich auf einem großen Platz, der ebenfalls mit weißen Marmorplatten ausgelegt ist. Vor dem Gebäude liegt ein herrlicher Garten mit Bananenbäumen, Palmen, Zypressen, blühenden Sträuchern und Schlingpflanzen.

Auf unserer Reise nach Agra konnten wir eine Reihe historisch und künstlerisch interessanter Bauwerke besichtigen und eine indische Provinzstadt kennenlernen, in der der Einfluß Europas weniger stark vorherrscht als in Delhi. Leider nur flüchtig sahen wir auch ein Stück indischen Dorflebens. Der grauenhafte Schmutz und die Armut der ländlichen Siedlungen, die von fern an eine Gruppe von Lehmhaufen erinnern, konnten uns nicht verborgen bleiben. Die engen und niedrigen Wohnstätten der indischen Bauern sind schwer als Häuser anzusprechen, ihre schmutzigen, dürrtigen Lumpen sind kaum als „Kleidung“ zu bezeichnen. Den Agrarbeziehungen im heutigen Indien auf den Grund zu gehen, das uns aus der Literatur Bekannte an Hand eigener Erfahrungen nachzuprüfen, hatten wir infolge des Zeitmangels und der Bedingungen, unter denen wir reisten, natürlich keine Möglichkeit.

* * *

Nach Schluß der Kongreßtagung wurden wir zu einer Indienreise eingeladen. Nachdem alles erwogen war, wurde folgende Marschroute gewählt: Delhi — Benares — Haidarabad — Aurangabad — Bombay — Delhi. Diese Marschroute gab uns Gelegenheit, einerseits die bedeutendsten historischen Denkmäler Indiens (Benares, Golkonda, Ellora, Adschanta), anderseits seine Universitäten (Benares, Haidarabad, Bombay) kennenzulernen. Unserer Gruppe gehörten außer uns Sowjetdelegierten der amerikanische Biologe Riddeall und der französische Mathematiker Hadamar mit Gattin an. Ein spezielles Flugzeug wurde uns zur Verfügung gestellt, auf dem wir am 11. Januar morgens Delhi verließen und nach Benares abflogen.

In drei Stunden überquerten wir die Dschamna- und die Gangesniederung und erreichten Benares. Vom Flugzeug aus war deutlich zu erkennen, daß in diesen Niederungen der gesamte Boden mit Ausnahme der sandigen Uferstreifen bebaut ist. Als wir dann vom Flugplatz in die Stadt fuhren, konnten wir die Felder in der Nähe sehen. Der größere Teil der Parzellen ist im Januar bereits abgeerntet.

Nicht eingebracht ist das Zuckerrohr mit seinen schlanken Halmen und silbrigen Federbüschen. Auf den Feldern wachsen auch Mangobäume, deren saftige süßsaure Früchte in Indien ein beliebter Leckerbissen sind. Affen laufen über die Felder und hüpfen von Baum zu Baum.

Benares ist eine der ältesten Städte Indiens. Wann es gegründet wurde, ist unbekannt, aber schon in der Sanskritliteratur wird die Stadt als „glänzend“ bezeichnet. Sie liegt am linken Ufer des „heiligen“ Ganges und wird von den Hindus

von alters her als religiöses Zentrum verehrt. Es gibt hier allein über tausend Schiwatempel, die Gesamtzahl der Hindutempel aber soll etwa 1500 betragen.

Benares wurde wie Agra und Delhi von den Moslems schon im 12. Jahrhundert erobert und blieb bis zum Machtantritt der Engländer in Indien fast ununterbrochen unter ihrer Herrschaft. Der muslimanische Einfluß macht sich hier aber weniger stark geltend als in den der Westgrenze näher liegenden Städten Indiens. Benares wirkt originell, es unterscheidet sich sehr von den Städten, in denen die muslimanische Kultur tiefere Wurzeln geschlagen hat.

Am Tag unserer Ankunft konnten wir noch die Altstadt im Zentrum besichtigen. Die engen, gewundenen, schmutzigen Gäßchen sind nur für den Fußverkehr geeignet. Einen besonderen Bürgersteig gibt es natürlich nicht, da die Gassen selbst nicht breiter als Bürgersteige sind. Über der Straße ragen hohe, tiefe Schatten werfende Häuser auf. In den Untergeschossen befinden sich nach der Straße hin offene Läden. Die oberen Stockwerke erreicht man über steile, gewundene Steintreppen. In den engen, belebten Straßen drängen sich Straßenhändler mit ihren Waren und Pilger, die den zwischen den Häusern eingezwängten Tempeln zustreben. Überall sieht man die unvermeidlichen „heiligen“ Kühe.

Der schönste Tempel, den wir in diesem Teil der Stadt sahen, ist Bischeschwar, der „goldene Tempel“, der Anfang des 18. Jahrhunderts erbaut wurde. Interessant, wenn auch in anderer Hinsicht, ist der Tempel der Göttin Durga, in dessen Innern hunderte lebensfreudiger, sich balgender Affen umherspringen, denen hier zu Ehren der Göttin ein Freitisch bereitet ist.

Wie eng die alten Straßen von Benares sind, geht daraus hervor, daß der Bischeschwartempel von der Straße aus nicht ganz zu sehen ist. Man muß in den Oberstock eines der Nachbarhäuser hinaufsteigen, um das goldene Dach des Turms und die Kuppel über dem Tempeleingang zu erblicken.

In der Neustadt, in den Geschäftsvierteln sind die Straßen bereits breiter und auch für den Kraftverkehr geeignet. Das Hauptverkehrsmittel sind eigenartige modernisierte Rikschas, zweirädrige Wägelchen, in denen der Fahrgast sitzt und die von einem Radfahrer gezogen werden.

Als wir mit Vertretern der Universität Benares zusammentrafen, teilten sie uns sofort mit, daß die Universität anläßlich unserer Ankunft zwei Festversammlungen einberufen habe. Die erste war auf denselben Abend anberaumt, und ich wurde gebeten, eine Vorlesung zu halten. Ich schlug mehrere Themen vor, sie wählten „Die

historische Entwicklung des Begriffs „sozialistisches Eigentum“.

Ich hielt meine Vorlesung in einem riesigen, von Studenten überfüllten Hörsaal der Universität. Als ich zu Ende war, sagte der Vizekanzler in seinem Schlußwort, meine Vorlesung habe den Hörern einen genaueren Begriff von der Sowjetunion vermittelt. Sie hätten angenommen, daß in der Sowjetunion alles Staatseigentum sei. Diese Äußerung eines großen Gelehrten, der nicht nur Vizekanzler der Universität Benares, sondern auch Professor der Oxford University ist, zeigt ganz deutlich, wieviel falsche Vorstellungen man im Ausland von der Sowjetunion hat.

Am nächsten Morgen besichtigten wir die interessanteste Sehenswürdigkeit von Benares, das Gangesufer mit seiner Unmenge von Tempeln der verschiedensten Hindugottheiten. Hierher, an das Ufer des „heiligen“ Ganges, strömen aus allen Ecken und Enden Indiens die Wallfahrer, sie bringen Kranke mit, um sie mit Gangeswasser zu heilen und Verstorbene, um sie hier zu verbrennen. Die meisten Gebiete Indiens haben ihre eigenen Tempel und benutzen bestimmte Teile des Ufers...

* * *

Am 13. Januar verließen wir morgens Benares und flogen in südwestlicher Richtung nach Haidarabad. Etwa eine Stunde nach unserer Abreise kreuzten wir den Wendekreis des Krebses. Wir ließen die bebauten Felder der Gangesniederung hinter uns und erblickten zum erstenmal während unserer Indienreise große Wälder, die einen bedeutenden Teil der sogenannten indischen Zentralprovinzen bedecken. Ortschaften sind hier spärlicher, sie liegen fast ausschließlich an den Flußufern. Auch diese waldige Gegend ließen wir hinter uns, überquerten den windungsreichen Godawari und erreichten die Grenze eines der großen indischen Fürstentümer, Haidarabad.

Die Dynastie von Haidarabad und die meisten Grundbesitzer, die ihren Bodenbesitz in den verschiedensten feudalrechtlichen Formen ausüben, sind Moslems, ihre Untertanen aber Hindus. Die Zugehörigkeit zu verschiedenen Glaubensbekenntnissen scheidet die sozialen Gruppen noch strenger voneinander. Der Nizam, „Seine erhabene Hoheit“, gebietet unumschränkt über das Geschick und das Leben seiner Untertanen. Die seit 1919 bestehende Verfassung ist eine Verfassung „von des Fürsten Gnaden“. Die Oberschicht ist hier äußerlich mehr europäisiert als in den sogenannten britischen Gebieten. Die Mitglieder der indischen Zentralregierung in Delhi kleiden sich gern in Nationaltracht, während die Mitglieder der Regierung von Hai-

darabad zur Tafel den Smoking anziehen. Die Gelehrten stellen hinter ihren Namen das englische „Esquire“, in Delhi dagegen ist das indische Wort „Pandit“ gebräuchlicher. Auch über die Zukunft Indiens hat Haidarabad seine besonderen Ansichten. Seine Herrscher streben anscheinend danach, ihr Gebiet zu einem Dominion zu machen, das unmittelbar zum Britischen Reich gehört.

Die Stadt Haidarabad hat rund eine Million Einwohner (wenn man das unmittelbar angrenzende Sekunderabad hinzurechnet). Das vornehme Viertel weist elegante, von Gärten umgebene Villen auf, die an sauberen, breiten, abends elektrisch hellerleuchteten Straßen liegen. In den Armenvierteln sind die Straßen schmutzig und eng wie in allen indischen Städten.

Seine originelle architektonische Wirkung verdankt die Stadt der vorherrschenden Variante muslimischer Baukunst. Sie ist von der Baukunst Nordindiens verschieden und erinnert an die Architektur der westlichen muslimischen Länder. Eine sofort ins Auge fallende charakteristische Eigenheit sind die zahlreichen, über den Häusern aufragenden kleinen Türmchen mit weißen Zwiebelkuppeln, die nicht nur alte Gebäude, Moscheen und Torbögen, sondern auch Bauten des 20. Jahrhunderts, den Obersten Gerichtshof, das große Krankenhaus, das College krönen. Offenbar halten sich die städtischen Architekten an den vorherrschenden Stil der Stadt.

In der Universität Haidarabad wurde uns zu Ehren eine Festversammlung einberufen, auf der der Vizekanzler die Sowjetdelegation und ich die indischen Wissenschaftler begrüßte. In meiner Ansprache hob ich besonders den internationalen Charakter der Wissenschaft hervor und wies darauf hin, daß die Reaktion nicht imstande sei, den internationalen Verkehr der Wissenschaftler zu stören und die Bedeutung der kulturellen Verbindungen für den Frieden und Fortschritt zu schmälern. Als ich schloß, applaudierten die Studenten, die den großen Hörsaal füllten, lange und begeistert. Am nächsten Abend hielten Akademiemitglied Pawlowski und Professor Umarow in der Universität Vorlesungen über den kulturellen Aufstieg Usbekistans und Tadshikistans, die stürmische Ovationen auslösten.

Einen Morgen widmeten wir der Besichtigung der im Bau befindlichen Universitätsgebäude. Die bereits fertigen Bauten bilden wie viele Neubauten in Delhi eine glückliche Kombination moderner, für wissenschaftliche Vorlesungen geeigneter Innenausstattung mit einer in orientalischem Stil gehaltenen, dem Klima entsprechenden Außenarchitektur. Angesichts dieses kulturellen Aufbaus wirken die Überreste alter Vorurteile um so

unangenehmer, z. B. die geschlossenen Käfige in den schmucken Hörsälen, in denen die Frauen Platz zu nehmen haben, wenn sie Vorlesungen beiwohnen wollen. Traditionsgemäß dürfen sie sich nicht unter die männlichen Kommilitonen mengen.

In der zweiten Tageshälfte fuhren wir hinaus nach Golkonda, der Festung und Residenz der Dynastie der Schahs Kutub, die Haidarabad bis zur Eroberung durch den Großmogul Aurangseb beherrschte. Die von den Haidarabader Fürsten aufgehäuften Schätze Golkondas waren einst weltberühmt (man behauptet übrigens, der heutige Nizam von Haidarabad sei der reichste Mann der Welt, seine Reichtümer lägen jedoch in den Schatzkammern begraben).

Golkonda liegt, wie viele andere indische Festungen, auf einem Hügel. Rundherum führen aus großen Quadern gefügte Mauern mit gut befestigten Toren, die allein schon ein ganzes System von Durchgängen, Mauern und Türmen mit 87 Bastionen darstellen. Von den Bastionen Golkondas aus erblickt man die sich rings ausbreitende Ebene, die Stadt und die malerische Mausoleengruppe der Schahs Kutub.

Am 15. Januar flogen wir nach Aurangabad, in den nordwestlichen Teil des Fürstentums Haidarabad. Bei Aurangabad gibt es herrliche Denkmäler der indischen Kultur, die Höhlentempel von Ellora und Adschanta.

In Ellora gibt es über 30 Höhlentempel und Klöster, die in die Steinwände des nicht sehr hohen Bergzuges eingehauen sind. Sie stammen aus dem 1.—9. Jahrhundert u. Z. Die ältesten sind buddhistisch, dann folgen brahmanische, und schließlich dschainistische Tempel. Ihre zahlreichen Säulen und Standbilder von Göttern und Tieren sind in den Berg gehauen. Wände, Säulen und Tempeltore schmücken eingemeißelte Ornamente und Basreliefs. Es ist schwer vorstellbar, wieviel Arbeit diese Bauwerke bei den damaligen primitiven Hilfsmitteln gekostet haben. Die künstlerische Ausführung ist meisterhaft.

Die Höhlen von Adschanta liegen über 100 km von Aurangabad entfernt. In einer schattigen malerischen Schlucht, an deren Grunde sich ein Bächlein dahinschlängelt, sind in einen Hügel, der die Schlucht auf einer Seite einsäumt, 29 Höhlen eingehauen, von denen fünf Tempel, die übrigen Klöster darstellen. Zum Unterschied von Ellora sind alle Bauten von Adschanta buddhistisch und stammen aus dem 1.—7. Jahrhundert u. Z.

Die Höhlen von Adschanta zeigen neben schönen Skulpturen auch wunderbare Fresken jener Zeit mit legendären Szenen aus dem Leben und den Wandlungen Buddhas sowie mit zahlreichen

Genreszenen. Die Darstellung ist unasketisch, lebensbejahend, die Farben sind lebhaft und bunt.

Am 17. Januar treffen wir morgens aus Aurangabad in Bombay ein. Ein größerer Kontrast als der zwischen Adschanta mit seinen aus den ersten Jahrhunderten u. Z. stammenden Tempeln und dem ultramodernen Bombay ist kaum denkbar. Das größte Handels- und Industriezentrum Indiens, die ihrer Einwohnerzahl nach zweitgrößte Stadt (die größte ist Kalkutta), ist äußerst interessant für den Reisenden, der die sozialen Beziehungen und die Wirtschaft im heutigen Indien kennenzulernen wünscht. Die Arbeiterklasse Bombays beteiligt sich sehr aktiv an der Arbeiterbewegung. Die Dörfer der Provinz Bombay sind der Schauplatz einer regen Bauernbewegung.

Bombay ist sehr malerisch an einer tiefen Bucht des Arabischen Meers gelegen. Die Hauptstraßen sind — leider im schlechten Sinne dieses Wortes — europäisiert. Eine große Strecke des Ufers der herrlichen Bucht ist mit geschmacklosen schachtelähnlichen Häusern bebaut. Die Universitätsgebäude verkörpern nicht die Traditionen der indischen Architektur, sondern erinnern an Oxford und Cambridge.

Auf der Universität Bombay wurde, wie in Benares und Haidarabad, zu Ehren unserer Delegation eine Festversammlung einberufen.

Am 19. Januar kehrten wir aus Bombay nach Delhi zurück und waren also wieder am Ausgangspunkt unserer Rundreise durch Indien angelangt.

* * *

Uns Sowjetgelehrten wurde in allen Städten Indiens außerordentliche Aufmerksamkeit entgegengebracht. Von Wissenschaftlern und Studenten wurden wir herzlich begrüßt, von prominenten Politikern eingeladen. Alle äußerten den Wunsch, zwischen Indien und unserem Lande enge freundschaftliche Beziehungen hergestellt zu wissen. Allerdings darf man nicht zu rosig sehen. In den Kreisen, die heute für die Innen- und Außenpolitik Indiens maßgebend sind, herrscht über die nächsten Perspektiven des Landes keine Einheit, obwohl in der verfassunggebenden Versammlung einmütig beschlossen wurde, Indien zur unabhängigen Republik zu erklären. Hätten wir selbst es vergessen, so hätten uns die während unserer Reise beginnenden Haussuchungen und Verhaftungen von Führern der kommunistischen Partei und der Gesellschaften der Freunde der Sowjetunion daran erinnert, daß in diesen politisch maßgebenden Kreisen neben dem Wunsch nach Annäherung an die Sowjetunion auch andere Tendenzen wirksam sind.

GEGEN FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN

„Dagens Nyheter“ lassen einen eisernen Vorhang nieder

Die schwedischen „Dagens Nyheter“ haben den Versuch gemacht, die Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken und der autonomen Republiken zu verunglimpfen. Den Beschluß, das zu tun, faßten sie bereits vor den Wahlen. Am 4. Februar behauptete die Zeitung in einem Artikel unter der Überschrift „Die Wahlkampagne im Sowjetstaat“, die bevorstehenden Wahlen seien „keine Wahlen im vollen Sinne dieses Wortes“. Es verlohnt sich, auf diese bei den Gegnern der Sowjetdemokratie ganz üblichen Argumente einzugehen.

Was fehlt nach Meinung der „Dagens Nyheter“ den Sowjetwahlen an „völliger Vollständigkeit“? Vor allem fehlt es, so erfährt man, an zwei, drei anderen politischen Parteien. Das Blatt schreibt:

„Die Wähler haben nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Programmen ihre Wahl zu treffen.“

Die Zeitung verschweigt jedoch, welcher Art diese „verschiedenen“ Programme sein könnten, wenn man berücksichtigt, daß es sich um das Sowjetland handelt.

Die Welt kennt die hauptsächlichsten politischen Programme und Parteien. Da sind erstens die in einer Anzahl von Ländern existierenden Parteien der Gutsbesitzer und Agrarier mit ihrem reaktionären politischen Programm, die den Staat und die Völker in das Joch der Leibeigenschaft zurückzerren wollen. Im Sowjetland gibt es bekanntlich keine Gutsbesitzer. Woher also sollte eine solche Partei kommen?

Da sind zweitens die unter verschiedenen Bezeichnungen auftretenden Parteien der Großkapitalisten, die für den Schutz der kapitalistischen Ordnung gegen alle Anschläge des Volkes, für die völlige, unumschränkte Freiheit der Konzerne, Banken und Monopole eintreten. Aber auch Kapitalisten gibt es im Sowjetland nicht, und niemand kann sagen, woher eine solche Partei genommen werden sollte.

Es gibt ferner Parteien, die liberale Programme aufstellen und für einen reformierten, planierten, „aufgeputzten“ Kapitalismus sind. Die Programme dieser Parteien entsprechen den Interessen der mittleren und der kleineren Kapitalisten.

Aber auch solche Kapitalisten gibt es im Sowjetland nicht.

Einige von den Parteien dieser Art treten unter einem sozialistischen Aushängeschild auf und taufen einen derartigen Kapitalismus in Sozialismus um. Es handelt sich aber natürlich nicht um die Etiketten. In der Praxis sorgen solche Parteien, die manchmal Millionen von Arbeiterwählern für sich gewinnen, vor allem für die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung. Aber diese Ordnung existiert im Sowjetland nicht mehr. Auch solche Parteien — wo sollten sie herkommen?

Es gibt schließlich in vielen Ländern, darunter auch in Schweden, Parteien, die danach streben, den Übergang zur sozialistischen Ordnung zu vollziehen. Im Sowjetland aber ist der Sozialismus verwirklicht, und die Aufgabe besteht darin, ihn zu stärken und weiterzuentwickeln. Das eben ist die Politik der Kommunistischen Partei unseres Landes.

Die Forderung, im Sowjetlande sollten solche Parteien wiederhergestellt werden, wie sie in den kapitalistischen Ländern existieren, ist ebenso geistreich, als wollte man sich im modernen Schweden danach sehnen, die feudale Ständeordnung wiederherzustellen. Ein überlebtes soziales System kann unmöglich aus dem Grab der Geschichte wieder erweckt werden. Etwas von dieser Art aber ist es offenbar, woran die Redaktion der „Dagens Nyheter“ denkt, wenn sie klagend davon spricht, in der Sowjetunion fehle es an politischen Parteien.

Was also fehlt den Sowjetwahlen vom Standpunkt der „Dagens Nyheter“ noch, um „vollständig“ zu sein?

Die Zeitung beklagt sich, die Deputiertenkandidaten würden nur von der Kommunistischen Partei auserwählt und aufgestellt. Dies ist schon nicht mehr eine Gedankenlosigkeit, sondern eine direkte Unwahrheit.

In der Sowjetunion werden alle Kandidaten in großen öffentlichen Versammlungen aufgestellt. Die Kandidaturen werden diskutiert. Das Leben und die Tätigkeit jedes Sowjetkandidaten liegt dem Volke vor Augen, jeder von ihnen ist bekannt und allgemein geehrt.

In den Ländern der „westlichen Demokratie“, die dem Herzen der „Dagens Nyheter“ so teuer ist, werden die Kandidaten nur von politischen Parteien aufgestellt. Die bürgerlichen Parteien vollziehen diesen bedeutsamen Akt hinter verschlossenen Türen, vor den Volksmassen verborgen. Kein dem Volke ergebener Mann, wie würdig er auch sein möge, und wäre er ein uneigennütziger Arzt, Lehrer oder hervorragender Gelehrter, kann ernstlich als Kandidat aufgestellt werden, wenn er nicht zu dem engen Kreis der Vertrauensleute der entsprechenden Parteien gehört.

Ernstlich — wir meinen mit ernststen Chancen, gewählt zu werden. Bekanntlich stellen einflußreiche Parteien in den kapitalistischen Ländern bedeutend mehr Kandidaten auf als gewählt werden können. Diejenigen, an deren Wahl die Partei interessiert ist, kandidieren auf Veranlassung der Parteiführung gewöhnlich in sicheren Wahlkreisen. Eine Anzahl anderer Kandidaten dagegen werden zwar aufgestellt, aber ohne die Chance, gewählt zu werden — sie dienen nur als Köder zum Stimmenfang zugunsten der Hauptkandidaten.

Im Sowjetland dagegen werden auf Grund der Stalinschen Verfassung außer Kommunisten — Mitgliedern der Partei — auch parteilose Bürger als Kandidaten aufgestellt. Neben Leuten, die hohe staatliche Posten bekleiden, werden einfache Arbeiter, Kollektivbauern, Vertreter der gebildeten Berufe aufgestellt, die sich durch ihre heroische Arbeit zum Wohle des Volkes ausgezeichnet haben.

Weiter schreiben die „Dagens Nyheter“:

„Praktisch kommt es niemand auch nur in den Kopf, auch nur den Versuch zu machen, einen Kandidaten aufzustellen, der nicht von der Regierungspartei gebilligt wäre.“

Das ist richtig. Richtig ist aber auch etwas anderes, nämlich daß es den Kommunisten, den Mitgliedern der regierenden Partei, nicht in den Kopf kommt, einen Kandidaten aufzustellen, der nicht von den Parteilosen gebilligt würde. Völlige Einseitigkeit der Kommunisten und der Parteilosen in der Frage der Kandidaturen, ihre enge Zusammenarbeit bei den Wahlen — darin besteht der Grundzug der Sowjetwahlen.

Darin besteht auch ihre Vollständigkeit, die den „Dagens Nyheter“ unbegreiflich bleibt. Das eben ist der Block der Kommunisten und der Parteilosen — eine in der Weltgeschichte ganz neue Erscheinung. Die wichtigste Etappe in der Wahlkampagne des Sowjetlandes besteht eben darin, aus Millionen würdiger Sowjetbürger diejenigen auszuwählen und als Kandidaten aufzustellen, für

die die überwiegende Mehrheit der Wähler stimmen würde. Es handelt sich darum, die Besten der Besten zu finden.

Die „Dagens Nyheter“ verheimlichen ihren Lesern, wer sie sind, die vom Block der Bolschewiki und der Parteilosen auserwählten Kandidaten. Sie verheimlichen das, weil sie diese Seite der Sache nicht beleuchten wollen.

Die Zeitung kann sich nicht entschließen, die alte sowjetfeindliche Verleumdung von den „Zwangswahlen“ zu wiederholen, da diese Verleumdung Bankrott gemacht hat. Sie gibt zu, daß während der Wahlkampagne eine große Agitationsarbeit geleistet wird. Für das gigantische Ausmaß der Wahlagitatorik aber gibt die Zeitung die verleumderische Erklärung, es sei notwendig, „den realen Widerstand in Form der Unlust“ zu überwinden.

Die Zeitung erzählt ihren Lesern nicht, weshalb die Wahlen in der Sowjetunion nicht nur eine Bürgerpflicht sind, sondern auch eine Feier des ganzen Volkes, weshalb sie mit einer Begeisterung durchgeführt werden, die für jedes andere Land beispiellos dasteht. Auch das ist eine in der Weltgeschichte ganz neue Erscheinung. Sie zeugt von der großen moralisch-politischen Einheit des Volkes. Die Worte von dem „realen Widerstand“ und der „Unlust“ sind eine schmutzige Erfindung der Stockholmer Zeitung. Diese Erfindung wird sowohl durch den Inhalt sowie durch die Form als auch schließlich durch die Resultate der Sowjetwahlen widerlegt. Mehr als 99 Prozent Wählende, mehr als 99 Prozent Stimmen für die Liste des Blocks der Kommunisten und der Parteilosen — was will gegenüber diesen Tatsachen das hilflose Gestammel von der „Unlust“ besagen!

Natürlich kann die Frage auftauchen, weshalb angesichts einer solchen moralisch-politischen Einheit, angesichts eines solchen Triumphs des Blocks der Kommunisten und Parteilosen eine Agitationskampagne für den Block und sein Programm notwendig ist.

Die „Dagens Nyheter“ wollen auch das den Lesern nicht erklären. Sie gehen um diese Frage herum wie die Katze um den heißen Brei, irgend etwas sehen sie, irgend etwas wiederholen sie, aber vor einer Auseinandersetzung haben sie Angst. Über den Inhalt der Wahlagitatorik in der Sowjetunion schreibt die Zeitung selbst, man müsse den Werktätigen erklären, daß die Nachkriegsschwierigkeiten der Sowjetunion zum Unterschied von der übrigen Welt zeitweiligen Charakter tragen, da deren Schwierigkeiten bis in die Wurzeln des kapitalistischen Systems hinabreichen.

Das ist zutreffend. Daraus folgt aber doch, daß die Sowjetregierung die Schwierigkeiten der

Nachkriegszeit nicht nur nicht vor dem Volke verheimlicht, sondern im Gegenteil die Aufmerksamkeit des Volkes auf die Überwindung der Schwierigkeiten konzentriert. Die Partei der Bolschewiki setzt auseinander, daß die Werktätigen im Sowjetland über alle Möglichkeiten verfügen, um die Schwierigkeiten erfolgreich zu überwinden und ein weiteres ökonomisches und kulturelles Aufblühen des Landes zu gewährleisten.

Also ist die Wahlkampagne — wie auch die uns feindlich gesinnte schwedische Zeitung zugeben muß — in der Sowjetunion eine ganz großzügige Aufklärungskampagne mit dem Ziel, die Massen zu begeisterter Arbeit zu mobilisieren. Welches sind nun die Resultate dieser gewaltigen ideologisch-politischen Arbeit? Begreifen die Wähler, wovon die Partei der Bolschewiki ihnen spricht? Sind sie mit der Partei einverstanden? Folgen sie der Partei auf ihren Appell hin?

Eine erschöpfende Antwort auf diese Fragen geben die Resultate der Wahlen und die Zusammensetzung der gewählten Körperschaften. Jawohl, alle Wähler glauben daran, daß man im Sowjetland alle Schwierigkeiten in kurzer Zeit überwinden muß und kann. Jawohl, die Wahlen haben einen neuen Anstoß zu gesellschaftlichem Aufschwung gegeben. Jawohl, das ganze Volk ist mit der Partei Lenins und Stalins einverstanden.

Es gibt jedoch auch eine Handvoll von Leuten, die nicht einverstanden sind. In einigen Republiken zählen sie etwas mehr als ein Prozent, in anderen ein Zehntel Prozent, in wieder anderen ein Hundertstel Prozent. Teilweise sind das lebende Splitter der liquidierten kapitalistischen Ordnung. Die Sowjetdemokratie räumt auch ihnen die Möglichkeit ein, ihr Nichteinverständnis mit dem Volk in geheimer Abstimmung zum Ausdruck zu bringen.

Der fortschrittliche Charakter der Sowjetdemokratie wird von den Volksmassen der ganzen Welt erkannt. Den Wahlen zu den Obersten Sowjets der Republiken ging eine in voller Öffentlichkeit geführte Wahlkampagne voraus. Die Wahlergebnisse sind bekannt. Die schwedischen Werktätigen — wie sehr die „Dagens Nyheter“ mit ihren falschen Darstellungen auch versuchen mögen, sie zu verwirren — wissen und sehen natürlich auch, wie die Sowjetunion wächst und gedeiht, wie das Sowjetvolk arbeitet. Sie verfolgen mit großem Interesse alles, was im Sowjetland vor sich geht. Das ist es offenbar auch, was die Redakteure der „Dagens Nyheter“ in Erregung versetzt. Sie wollen mit ihrer Unwahrheit das schwedische Volk irreführen und durch ihre falschen Darstellungen zwischen ihnen und der Sowjetunion einen richtigen „eisernen Vorhang“ niederlassen.

D. SASLAWSKI

Wie das Gewissen verkauft wird

Im Januar 1942, einige Wochen nach der Niederlage der Deutschen vor Moskau, traf Blunden, ein Korrespondent des australischen „Sydney Daily Telegraph“, in der Sowjetunion ein. Von Januar 1942 bis Mai 1943 weilte er in Moskau, und während dieser Zeit, aber auch nach seiner Abreise, veröffentlichte er eine Anzahl im großen und ganzen objektiver Artikel über unser Land. Einige dieser Artikel wurden in dem amerikanischen „Baltimore Sun“ gedruckt. Blunden schrieb mit Begeisterung von der Sowjetarmee, deren Heldentaten, wie er zugab, „uns alle vor der faschistischen Oberherrschaft (domination) retteten“.

Seitdem sind fast vier Jahre vergangen. Der Krieg ist zu Ende, und das Thema des Sowjetheroismus ist in der amerikanischen Presse aus der Mode gekommen. Für Artikel über die

Heldentaten des Sowjetvolkes zahlen die Besitzer der Zeitungsmonopole heute keinen Cent mehr. Dafür zahlen sie sehr freigiebig für jede beliebige sowjetfeindliche Sudelei. Dieser Umstand veranlaßte auch Blunden, sich umzustellen und das zu bespuken, wovon er seinerzeit begeistert war.

In Neuyork ist kürzlich Blundens Buch „Ein Zimmer auf die Straße zu“ (Room Upon Route) erschienen. Dieses Buch ist eine schmutzige Verleumdung gegen die Sowjetunion, eingezwängt in die Form eines Detektivromans, worin die wuchernden Sauerbeeren mit übler Pornographie versüßt werden. Hier gibt es sowohl eine verführerische „Sowjetspionin“ als auch phantastische sowjetfeindliche Verschwörer. Es fehlt nur das Sowjetvolk selbst, über dessen Einheit und Heldenmut Blunden einstmals begeistert war,

obgleich der Roman eben in der Zeit spielt, in der Blunden darüber schrieb, daß die Sowjetarmee die Menschheit gerettet hat.

In der in Neuyork für den Schmachtfetzen Blundens geschlagenen lärmenden Reklame wird nachdrücklich betont, der Verfasser sei selbst in Rußland gewesen und habe über dieses Land sogar in freundschaftlichem Ton geschrieben. Wer also, wenn nicht er, kann objektiv sein?, fragt der Verleger.

Demnächst wird Konstantin Simonows Stück „Die russische Frage“ in den Moskauer Theatern über die Bretter gehen. Das Thema dieses Stücks hat viel Ähnlichkeit mit der Geschichte Blundens. Der Held des Stücks, der Korrespondent Smith, hat ebenso wie Blunden während des Krieges die Sowjetunion besucht. Ebenso wie Blunden war Smith voll Bewunderung für den Heroismus, die Einheit und die Opfermütigkeit des Sowjetvolkes. Ebenso wie Blunden hat Smith während des Krieges eine Anzahl objektiver Artikel über das Sowjetland geschrieben. Gerade aus diesem Grunde wurde Smith — wie offenbar auch Blunden —

nach dem Kriege der Vorschlag gemacht, ein sowjetfeindliches Buch zu schreiben. Für 30 000 Dollar wollte Macpherson, der Verleger, Smith' Gewissen kaufen. Smith jedoch lehnt das Angebot ab. An Stelle des bei ihm bestellten Buches „Die Russen wollen Krieg“ schreibt er ein wahrheitsgetreues Buch „Die Russen wollen keinen Krieg“. Der Verleger storniert den Vertrag. Smith ist ruiniert, er hat keine Arbeit, keine Existenzmittel. Und dennoch hält er den Kopf hoch.

Simonows Held — Smith — wollte sein Gewissen nicht verkaufen. Blunden aber ist ein Journalist anderer Sorte. Er hat sein Gewissen verschachert, und zusammengeschiert, was die Drahtzieher der sowjetfeindlichen Propaganda von ihm verlangten. Wieviel tausend Dollar der Verfasser und wieviel der Verleger an dieser literarischen Prostitution verdient haben — das sind bereits Einzelheiten. Wesentlicher ist, daß die Geschichte mit Blunden vorläufig leider für die amerikanische Presse kennzeichnender ist als der Ausgang des Stückes von Simonow.

R. LERT

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Die Wahrheit über Griechenland

N. SCHMELJOW

JEDESIMAL, wenn in die Auslandspresse auch nur einige Körnchen Wahrheit über die Verbrechen der monarchistisch-faschistischen Tsaldarischlique drangen, erklärten die an diesen Verbrechen Schuldigen und ihre ausländischen Schirmherren, das sei keine objektive Nachrichtengebung, sondern eine tendenziöse, von den „Feinden Griechenlands“ verbreitete Propaganda. Mit dem gleichen Argument versuchen sie, die von der Griechenlandkommission des Sicherheitsrats gesammelten Informationen anzuschwärzen.

Dieses Universalargument Tsaldaris' versagt aber angesichts der Tatsachen und Dokumente, die seine Beschwerde beim Sicherheitsrat als einen internationalen Betrug entlarven. Ein solches Dokument ist die kürzlich in Belgrad unter dem Titel: „Die Wahrheit über das monarchistisch-faschistische Griechenland“* herausgebrachte Broschüre.

Diese Broschüre entstammt nicht der Feder irgendeines einzelnen Verfassers. Ihr Inhalt — von der ersten bis zur letzten Zeile — sind Zitate aus den in der Presse veröffentlichten Erklärungen prominenter Politiker, Auszüge aus Dokumenten und Zeugenaussagen, aus Mitteilungen der griechischen und ausländischen Presse. Zusammengenommen bieten diese Materialien eine vollständige Charakteristik der Politik der heutigen Machthaber Griechenlands, die das Volk zum bewaffneten Kampf provozieren, sowie ihrer außenpolitischen Bestrebungen, die eine unmittelbare Gefahr für den Frieden auf dem Balkan sind. Diese Materialien überführen die griechischen Faschisten, Morde und Gewalttaten, Plünderungen und Brandstiftungen, Provokationen und Betrügereien verübt und räuberische Pläne gegen ihre Nachbarländer auf dem Balkan ausgeheckt zu haben. Die in der Broschüre gesammelten Materialien und Dokumente sind derartig schlagend und beredt, daß das Fehlen von Kommentaren ihre Überzeugungskraft und ihren Wert nur hervorhebt.

* „La vérité sur la Grèce monarcho-fasciste“. Section de la Presse au Ministère des Affaires Etrangères. Belgrade. 1947.

Die Broschüre besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil enthält Aussagen, Tatsachenangaben und Zahlen, die die innerpolitische Lage im Lande von den Parlamentswahlen am 31. März 1946, an welchem Tage die Monarchisten die Macht ergriffen, bis Januar 1947 charakterisieren. Bereits im ersten Kapitel, „Die Stimme der Griechen“, wird von bekannten griechischen Politikern verschiedener Richtungen das tragische Bild des von der Tsaldarischlique gegen das Volk entfachten Bürgerkrieges entworfen.

...März 1946. Das Land steht am Vorabend der Wahlen. Georg Kaphandaris, stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Sophoulis, erklärt:

„Nach Meinung der Bürger — und auch in Wirklichkeit — wüten in ganz Griechenland Terror- und Greueltaten.“

Mit Hilfe von Terror und Greueltaten usurpieren die Monarchisten die Macht. Die Tsaldarischregierung ist am Ruder. Stamatis Merkuri, Minister für öffentliche Sicherheit in der Regierung Sophoulis, stellt fest:

„...in den Gebieten von Messenien und Lakonien begann eine neue Terrorwelle von rechts, wobei an der Spitze der Banden, die diese Gebiete terrorisieren, Offiziere der griechischen Armee stehen.“

Svolos und Tsirimokos, die Führer der Sozialistischen Partei, decken die Quelle dieser „neuen Terrorwelle von rechts“ auf:

„Anstatt eine Politik der Versöhnung durchzuführen, stürzt uns die Regierung in den Bürgerkrieg.“

Noch viel klarer brachte das Sophianopoulos, ehemaliger Außenminister, am 4. Oktober v. J. auf einer Pressekonferenz in London zum Ausdruck:

„Der Terror gegen die republikanische Bevölkerung Griechenlands und die großangelegten Säuberungsaktionen, die von der Regierung durchgeführt werden, erhöhen nur die Anzahl derjenigen, die sich durch Flucht in die Berge zu retten suchen. Das Ergebnis ist ein immer hartnäckiger Kampf und die Ausbreitung des Bürgerkrieges, der auch auf Südgrichenland übergreift. Eine solche Lage stellt eine Gefahr für den Frieden auf dem Balkan und in der ganzen Welt dar.“

Emmanuel Tsouderos, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident (in der Regierung Sophoulis), schrieb am 2. November v. J. in der Zeitung „Vima“:

„...die Bauern sind angsterfüllt; selbst die, die sich um Politik nicht kümmern, verlassen die Dörfer, sobald nur Regierungstruppen auftauchen. Die Bauern wissen, was sie erwartet: Folterungen, Plünderungen usw.“

Sophoulis erklärte einem Korrespondenten der französischen Zeitung „La Marseillaise“:

„Die Regierung und die bewaffneten rechten Banden taten alles mögliche, damit in unserem Lande der Terror wüte. Eben Tsaldaris trägt die Verantwortung für die heutige Lage in Griechenland... Die jetzige Aufstandsbewegung entstand spontan und hat ihren Ursprung im Innern des Landes.“

Aber Tsaldaris dreht den Spieß ganz einfach um: er reicht dem Sicherheitsrat eine Beschwerde gegen Bulgarien, Jugoslawien und Albanien ein und versucht, die Verantwortung für den von ihm selbst entfachten Bürgerkrieg in Griechenland auf diese Staaten abzuwälzen. Sophianopoulos erklärt:

„Um sich zu verteidigen, hält es Tsaldaris für angebracht, Griechenlands Balkannachbarn die Schuld in die Schuhe zu schieben.“

In dem Kapitel „Die öffentliche Meinung der Welt hat das Wort“ werden Äußerungen gebracht, die davon zeugen, wer Griechenland in Wirklichkeit in Chaos und Bürgerkrieg gestürzt hat. Am 26. September v. J. gab M. P. Solley, Mitglied des Unterhauses, in einer Rede gelegentlich einer Kundgebung in Layton zu, daß das griechische Volk mit dem, was die britische Politik in Griechenland geschaffen habe, in Konflikt geraten müsse.

Lord Strabolgi stellte in einer Rede am 15. Dezember 1946 fest, daß man sich noch immer an die Politik der Koalitionsregierung Churchills halte und daß in Griechenland heute Regierungsterror herrsche, die Repressalien gingen von Personen aus, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hätten. In allen befreiten Ländern würden Leute dieser Kategorie als Kriminelle betrachtet.

Die beiden nächsten Kapitel: „Zahlen sprechen“ und „Die Massenverbrechen der monarchistischen Faschisten“ enthalten erschütternde Dokumente. Die Tsaldarische rechnet mit jedem grausam ab, der sich weigerte, ihr faschistisches Regime aktiv zu unterstützen, sie verhöhnte die wehrlose Bevölkerung und versuchte, mit Terror und Gewalt den Widerstandsgeist im Volk zu brechen. Nach Mitteilungen der Zeitung „Mahi“ vom 13. Januar d. J. gab es in Griechenland zu dieser Zeit 34 972 politische Häftlinge. Von ihnen befanden sich in Gefängnissen 10 937 Personen, auf Inseln verschickt waren 6035, in Durchgangs-

lagern saßen 10 000 und in Konzentrationslagern 8000 Personen.

Die griechische patriotische Organisation „Nationale Solidarität“ beschreibt in einem ihrer Berichte die Lage der Gefangenen in dem von der Tsaldarisregierung geschaffenen Konzentrationslager in Kozana (Mazedonien) folgendermaßen:

„Das Leben dort war furchtbar. In Kozana wurden Leute mit eingeschlagenen Schädeln, gebrochenen Knochen und schwarzgeschlagenen Körpern eingeliert. ... Dort gab es 70jährige Greise, Männer, schwangere Frauen, Mütter mit ausgehungerten Säuglingen... Alle Familien waren auseinandergerissen...“

Es kam häufig vor, daß Häftlinge nachts aus dem Lager ins Gefängnis gebracht wurden. Dort wurden sie aufs grausamste mißhandelt und geprügelt und am Morgen ins Lager zurückgeführt. So wurde z. B. Nikosa Marjula aus dem Dorf Velvendo schrecklich geprügelt; am nächsten Tag wurde er völlig blutig, ein wahrer lebender Leichnam, zurückgebracht... Derartige Fälle wiederholten sich täglich. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß 560 und sogar mehr Gefangene auf einer Fläche von 350 qm untergebracht waren.“

G. Chrysostomos, ein griechischer Parlamentsabgeordneter, telegraphierte aus Dedeagatsch an den Ministerpräsidenten Tsaldaris:

„In den hiesigen Gefängnissen befinden sich Greise, kleine Kinder und etwa 600 Frauen in einer entsetzlichen Enge. Die vielen Säuglinge und schwangeren Frauen bieten ein Bild des Jammers.“

Die Faschisten rechneten mit der friedlichen Bevölkerung Griechenlands barbarisch ab. Besonders grausam verfahren sie mit den Slawen. Am 27. November 1946 veröffentlichte die Zeitung „Rhizospastis“ unter der Überschrift „Die Tragödie von Ksirovrisi“ einen Augenzeugenbericht über den Überfall einer bewaffneten Monarchistenbande auf eine Siedlung in Agäisch-Mazedonien.

„Die Mörder fielen über das Dorf wie wilde Bestien her. Während einiger Stunden erlebte das Dorf Ksirovrisi eine furchtbare Tragödie. Stöhnen und Schreie der Frauen und Kinder, die totgeschlagen wurden, erfüllten die Luft, während zugleich die Flammen der in Brand gesteckten Häuser zum Himmel emporschlügen.“

Die 15jährige Anna Iljewa aus dem Dorf Notia, Kreis Subotica, erzählt:

„Monarchistisch-faschistische Soldaten begannen gemeinsam mit den Gendarmen, Dorfbewohner zu erschießen. Wir flohen in die Berge. Im selben Augenblick tauchten vier Flugzeuge auf, die uns mit Maschinengewehren beschossen. Ich und zwei Kinder wurden verwundet. Mein achtjähriger Bruder wurde am Bein und am Arm verwundet. Um sich zu retten, ist unsere ganze Familie gezwungen gewesen, nach Jugoslawien zu fliehen.“

In der Broschüre werden Angaben über einige Personen aus der Tsaldarische gemacht, so z. B. über J. Theotokis, den Parlamentsvorsitzenden,

über P. Mavromichalis, den ehemaligen Kriegsminister in der Tsaldarisregierung und Abgeordneten, über Th. Turkovasilis, einen Abgeordneten des jetzigen Parlaments, die seinerzeit mit deutschen Faschisten in Verbindung standen.

Insgesamt wird im ersten Teil der Broschüre das faschistische Gesicht der heutigen Machthaber Griechenlands entlarvt, ihre blutigen Taten und ihre betrügerischen Versuche, die Schuld für ihre Verbrechen auf die demokratischen Regierungen Bulgariens, Jugoslawiens und Albaniens abzuwälzen.

Die im zweiten Teil der Broschüre veröffentlichten Dokumente enthüllen die gegen die Nachbarländer auf dem Balkan gerichteten verbrecherischen Pläne der Abenteurer aus der Tsaldarisclique. Hier werden Zitate angeführt aus den aggressiven Reden und Erklärungen von Parlamentsabgeordneten, von ehemaligen Ministern (A. Merenditis, Leon Makas, Perikles Argyropoulos) und von Tsaldaris selbst.

Sie haben die Hitlersche „Theorie vom Lebensraum“ aufgegriffen und phantasieren von „Groß-Hellas“. Sie schwingen nicht nur große Reden über ihre Eroberungspläne, sondern suchen auch eine Basis für deren Verwirklichung zu schaffen. In der Broschüre sind Erklärungen griechischer Soldaten enthalten, die an den von griechischen Truppen veranstalteten Provokationen an der bulgarischen, jugoslawischen und albanischen Grenze teilgenommen haben. Jodzi Kristojani, Soldat des 582. Bataillons der griechischen Armee, beschreibt einen dieser provokatorischen Zusammenstöße mit einer albanischen Patrouille und erzählt:

„An der griechisch-albanischen Grenze hetzten uns unsere Vorgesetzten oft zu Provokationen auf. Am Tage dieser Provokation schärfte der Bataillonskommandeur uns ein, sie genau so durchzuführen, wie er das auch den zu unserer Verstärkung angekommenen Soldaten eingeschärft habe.“

Die letzten Seiten der Broschüre handeln von denen, die die monarchistisch-faschistische Clique in Griechenland unterstützen und ihre Banden mit Waffen beliefern. Eine eindeutige Antwort

auf diese Frage gibt der von der Zeitung „Elevteri Hellas“ veröffentlichte Geheimbefehl Nr. 168 des Generals Melisinos vom 15. Mai 1945, der an die Kommandeure der 15. und 16. Brigade der griechischen Armee gerichtet war. In diesem Befehl heißt es:

„Die 7. Indische Brigade, von dem Wunsch beseelt, zur bestmöglichen Organisation der Sicherheit in der Provinz beizutragen, hat beschlossen, einigen zuverlässigeren Bauern eine bestimmte Anzahl Gewehre zur Verfügung zu stellen.“

Die auf diese Art zu bewaffnenden Personen müssen gemeinsam vom Bürgermeister, den englischen Militärbehörden und den Abteilungen der Nationalgarde ausgewählt werden.“

Als Schlußakkord wird in der Broschüre eine Einschätzung der englischen Zeitung „Reynold's News“ angeführt, in der es heißt, daß Großbritannien allmählich in ein Bündnis mit den schlimmsten Elementen Griechenlands, mit dem faschistischen Regime, hineingezogen worden sei, durch das diejenigen unterdrückt, verhaftet und umgebracht werden, die im Kampf gegen Hitler Englands Verbündete in Griechenland waren.

Die in den letzten Tagen in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Absicht der USA, die weitere Finanzierung der griechischen Regierung zu übernehmen, und über die bevorstehende Entsendung amerikanischer Truppen nach Griechenland zeugen davon, daß jetzt auch die USA freiwillig „ein Bündnis mit den schlimmsten Elementen in Griechenland, mit dem faschistischen Regime“ eingehen. Somit wird die verbrecherische Tsaldarisclique jetzt nicht nur von englischen Truppen und englischen Pfunden unterstützt und vor dem Volkszorn geschützt werden, sondern auch von amerikanischen Truppen und Dollars.

Das ist die Wahrheit über Griechenland, über seine Peiniger, die monarchistisch-faschistische Clique, und über deren ausländische Beschützer. Diese Wahrheit könnte der Kommission des Sicherheitsrats bei der Untersuchung der Lage an den griechischen Grenzen von großem Nutzen sein.

11. März

Unterzeichnung eines österreichisch-ungarischen Finanz- und Wirtschaftsabkommens in Wien.

In London wird eine Beratung von Vertretern der Länder des Britischen Reiches über Handelsfragen eröffnet.

Im Unterhaus gibt Premierminister Attlee eine Erklärung über die englisch-ägyptischen Beziehungen ab.

Der USA-Senat stimmt dem Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der staatlichen Preiskontrolle am 30. Juni 1947 zu.

Aufdeckung einer hitlerfaschistischen Verschwörung in den westlichen Besatzungszonen Österreichs.

12. März

Im Außenministerrat wird die Aussprache über die Demilitarisierung Deutschlands fortgesetzt.

Der USA-Senat stimmt einer Verfassungsänderung zu, gemäß der ein Präsident nicht länger als 10 Jahre seinen Posten innehaben darf.

Im Unterhaus wird ein Gesetzentwurf über die Einführung der allgemeinen Militärdienstpflicht in England eingebracht.

Der dänische Außenminister Rasmussen erklärt im Rigsdag, daß Dänemark keinen Verkauf Grönlands beabsichtige und daß die dänische Regierung Schritte eingeleitet habe, um das Grönlandabkommen mit den USA zu lösen.

Spaak wird mit der Bildung einer neuen belgischen Regierung beauftragt.

13. März

Der Außenministerrat tritt in die Aussprache über die Denazifizierung und Demokratisierung Deutschlands ein. In der Sitzung sprechen die Delegationsführer G. Marshall,

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

März 1947

G. Bidault, W. M. Molotow, E. Bevin, W. M. Molotow bringt im Namen der Sowjetregierung eine Reihe von Vorschlägen ein, die auf eine schnellere Verwirklichung der Berliner Konferenzbeschlüsse über die Demokratisierung Deutschlands in allen Besatzungszonen abzielen.

Die von W. W. Kusnezow, Vorsitzendem des Nationalitätensowjets, geführte Delegation von Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR trifft in London ein.

In Albanien treffen Vertreter der Sicherheitsratskommission zur Untersuchung der Lage in den nördlichen Grenzgebieten Griechenlands ein.

14. März

Fortsetzung der Aussprache über die Demokratisierung Deutschlands im Außenministerrat. Die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs, der UdSSR und der USA tauschen Informationen über die Anzahl der deutschen Kriegsgefangenen aus, die sich unter der Kontrolle der verbündeten Mächte befinden.

Die USA und die Philippinen unterzeichnen ein Abkommen über die Errichtung von USA-Militärstützpunkten auf den Philippinen.

Debatte im englischen Unterhaus über die Hilfe für Griechenland.

Zur Unterdrückung des Aufstandes auf Formosa werden zwei Divisionen Kuomintangtruppen als Verstärkung entsandt.

15. März

Die Außenminister der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs nehmen auf Vorschlag W. M. Molotows eine Mitteilung über die Tätigkeit der Sonderbeauftragten in der deutschen Frage entgegen. Die Minister beginnen mit der Aussprache über die mit den

„versetzten Personen“ und der territorialen Reorganisation Deutschlands verbundenen Fragen.

Die Regierung der Weißrussischen SSR erhält ein Dankschreiben von Dschawaharlal Nehru, Vizepräsidenten der provisorischen Regierung Indiens, für die der indischen Delegation in der UNO-Generalversammlung bei Erörterung der Verfolgungen der indischen Bevölkerung in der Südafrikanischen Union geleistete Hilfe.

Die albanische Regierung protestiert beim Sicherheitsrat gegen eine am 13. März erfolgte unerlaubte Verletzung der albanischen Souveränität in den Hoheitsgewässern Albanien durch Schiffe fremder Flagge.

Der Nationalrat für amerikanisch-sowjetische Freundschaft protestiert in einem Schreiben an Truman gegen die amerikanischen Maßnahmen in bezug auf Griechenland und die Türkei.

Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn.

General McNarney wird durch Generalleutnant Clay auf dem Posten des Oberbefehlshabers der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland abgelöst.

Nach 32tägiger Dauer endet der Streik der Pariser Buchdrucker.

Ableben des französischen antifaschistischen Schriftstellers Jean-Richard Bloch.

16. März

In Sofia wird ein Schreiben der bulgarischen Regierung an die interalliierte Kommission in Österreich mit dem Ersuchen um Auslieferung bulgarischer Kriegsverbrecher veröffentlicht.

Vertreter der Sicherheitsratskommission zur Untersuchung der Lage in den nördlichen Grenzgebieten Griechenlands besuchen Petritsch (Bulgarien) und Strumiza (Jugoslawien).

Eröffnung des ersten Kongresses der Volksfront Serbiens in Belgrad

17. März

J. W. Stalin, Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, empfängt Georges Bidault, den Außenminister der französischen Republik.

In der Sitzung des Außenministeriums geben die Führer der englischen, sowjetischen und amerikanischen Delegationen Erklärungen über die ökonomischen Prinzipien und die Reparationen Deutschlands ab. Im Namen der Sowjetregierung bringt W. M. Molotow einen Vorschlag zur Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und der Reparationen ein.

Veröffentlichung der Mitteilung über ein bei der Regierung der Ukrainischen SSR eingegangenes Dankschreiben von Dschawaharlal Nehru, Vizepräsidenten der provisorischen Regierung Indiens, für die der indischen Delegation in der UNO-Generalversammlung bei Erörterung der Verfolgungen der indischen Bevölkerung in der Südafrikanischen Union geleistete Hilfe.

18. März

Der Außenministerrat nimmt eine Erklärung von Georges Bidault über die ökonomischen Prinzipien und die Reparationen Deutschlands und eine Erklärung G. Marshalls über die Stellungnahme der USA zur Reparationsfrage entgegen.

Zum Vorsitzenden des Rates der französischen Republik wird Gaston Monnerville, Mitglied der Vereinigung linker Republikaner (Rassemblement républicain des gauches) an Stelle des verstorbenen Champetier de Ribes gewählt.

In Paris wird der Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens eröffnet.

19. März

Im Außenministerrat wird die Erörterung des Berichts des Kontrollrats für Deutschland — Abschnitt: ökonomische Prinzipien und Reparationen — fortgesetzt.

VERLAGSANGEIEN

Die hier angeführten Ausgaben sind in russischer Sprache erschienen, falls nicht anders vermerkt.

STAATSVIRLAG FÜR TECHNISCHE-THEORETISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

- Akademienmitglied S. N. BERNSTEIN — *Die Theorie der Wahrscheinlichkeitsrechnung*. Vierte, ergänzte Ausgabe. 556 S., Rbl. 18,50
- D. I. BLOCHINZEW — *Akustik des heterogenen beweglichen Mittels*. 220 S., Rbl. 7,50
- N. N. BOGOLJUBOW — *Probleme der dynamischen Theorie in der statistischen Physik*. 120 S., Rbl. 4,50
- Prof. W. G. BOGOROW — *Die Unterseewelt*. (Das Leben im Meer.) (Aus der Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 48 S., Rbl. —,90
- J. WILLARD GIBBS — *Elementare Grundlagen der statistischen Mechanik, besonders im Hinblick auf eine rationelle Begründung der Thermodynamik*. Aus dem Englischen von K. W. Nikolski. 204 S., Rbl. 8,—
- B. W. GNEDENKO — *Beiträge zur Geschichte der Mathematik in Rußland*. 248 S., Rbl. 7,50
- Akademienmitglied I. W. GREBENSCHTSCHIKOW, A. G. WLASSOW, B. S. NEPORENT, N. W. SUKOWSKAJA — *Über die Verringerung der Lichtreflexion an Glasoberflächen* („Proswetlenije optiki“). Herausgegeben von Akademienmitglied I. W. Grebenschtschikow. 212 S., Rbl. 9,—
- Akademienmitglied A. N. DINNIK — *Die Stabilität von Bogen*. 128 S., Rbl. 5,—
- Prof. R. W. KUNIZKI — *Tag und Nacht. Die Jahreszeiten*. (Aus der Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 32 S., Rbl. —,60
- A. G. KUROSCH — *Die Theorie der Gruppen*. 372 S., Rbl. 18,—
- Eine Monographie über den neuesten Stand des fundamentalen Teiles der Mathematik, der Theorie der unendlichen Gruppen.
- M. A. LAWRENTJEW — *Konforme Abbildungen mit Anwendungen auf einige Fragen der Mechanik*. (Aus der Serie „Physikalisch-mathematische Bibliothek des Ingenieurs“.) 160 S., Rbl. 6,—
- S. O. MAISEL — *Grundlagen der Farbenlehre*. 128 S., Rbl. 4,—
- N. I. MUSCHELISCHWILI — *Singuläre Integralgleichungen. Randwertaufgaben in der Funktionentheorie und einige Anwendungen auf die mathematische Physik*. 448 S., Rbl. 24,50
- Prof. P. P. PARENATO — *Lehrbuch der Stellarastronomie*. Zweite, durchgesehene Ausgabe. 440 S., Rbl. 12,—
- J. I. PERELMAN — *Unterhaltende Astronomie*. Vierte, durchgesehene und ergänzte Ausgabe. Herausgegeben von B. A. Woronzow-Weljaminow. 224 S., Rbl. 4,—
- Prof. I. F. POLAK — *Über den Bau des Weltalls*. (Aus der Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 40 S., Rbl. —,75
- Prof. I. F. POLAK — *Populäre Astronomie*. 280 S., Rbl. 5,—
- NIKOLAUS RIEHL — *Physik und technische Anwendungen der Lumineszenz*. Übersetzt von P. P. Feofilow. Herausgegeben von Akademienmitglied S. I. Wawilow. 184 S., Rbl. 11,—
- G. C. SLATER — *Die Übertragung ultrakurzer Radiowellen*. Übersetzt von Ingenieur W. A. Kusowkin, Ingenieur, Kandidat der techn. Wissenschaft W. I. Peisikow, Ingenieur N. W. Solowjow. Herausgegeben von Prof. S. D. Gwosdower. 344 S., Rbl. 14,50
- L. N. SRETENSKI — *Theorie des Newtonschen Potentials*. 320 S., Rbl. 17,50
- Prof. M. F. SUBBOTIN — *Ursprung und Alter der Erde*. (Aus der Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 40 S., Rbl. —,75
- P. L. TSCHEBYSCHEW — *Ausgewählte mathematische Arbeiten*. (Aus der Serie „Klassische Naturkunde“.) 200 S., Rbl. 8,—
- R. I. JANUS — *Magnetische Fehlermessung*. (Aus der Serie „Physikalisch-mathematische Bibliothek des Ingenieurs“.) 172 S., Rbl. 7,—
- Beschreibung von Apparaturen zur Feststellung von Fehlern in Metallgüssen.

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

IN

RUSSISCHER,

ENGLISCHER,

FRANZÖSISCHER

UND

DEUTSCHER SPRACHE

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.